



12 | 2003

56. Jg., 25.–27. KW, 30. Juni 2003

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Gisela Färber, Klaus-Dieter Diller

- Subventionsabbau zur Sanierung der öffentlichen Haushalte – aber wie?

Daten und Prognosen

Erich Langmantel

- Mittelfristige Perspektiven für den Nichtwohnungsbau in Deutschland

Joachim Gürtler

- DV-Dienstleister: Harte Zeiten

Gernot Nerb

- Nach dem Kriegsende im Irak: Weltwirtschaftsklima günstiger

Oscar-Erich Kuntze

- Spanien: Konjunkturmotor läuft nicht mehr rund

Im Blickpunkt

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest im Juni 2003

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Thomas J. Darcy, Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel.

Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design

Satz und Druck: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Subventionsabbau zur Sanierung der öffentlichen Haushalte – aber wie?

3

Parteien und Wirtschaft plädieren für einen Subventionsabbau – nicht zuletzt zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Zur Debatte stehen eine flächendeckende Einzelfallprüfung oder die Kürzung aller Subventionen und Steuervergünstigungen um einen bestimmten Prozentsatz. Für Prof. Dr. *Gisela Färber*, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, lehrt die Realität, »dass diese »ruckartigen« Anstrengungen nur selten viel bewirken, gleichgültig ob der sog. »Rasenmäher« oder die Einzelfallprüfung als Kürzungstechnik bemüht wird«, so dass beide Ansätze ihrer Meinung nach scheitern werden. Prof. Färber schlägt stattdessen sieben Punkte vor, die in ein erfolversprechendes Subventionsabbauverfahren eingebaut werden sollten. Auch für Prof. Dr. *Klaus-Dieter Diller*, Universität Koblenz-Landau, haben die vorgeschlagenen Methoden zum Subventionsabbau wenig Aussichten auf Erfolg.

Daten und Prognosen

Mittelfristige Perspektiven für den Nichtwohnungsbau in Deutschland

10

Erich Langmantel

Der Rückgang der Nichtwohnungsbauinvestitionen in den vergangenen zehn Jahren ist eine Folge der Anpassung des Bautenbestandes an das sich abschwächende gesamtwirtschaftliche Wachstum. Damit es zu einer Trendwende hin zu wieder steigenden Investitionen kommt, müsste sich – nach einer ökonometrischen Schätzung – die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP für den Rest des Jahrzehnts an 2% annähern.

DV-Dienstleister: Harte Zeiten, ...

14

Joachim Gürtler

Laut der 33. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen, die schwerpunktmäßig im April und Mai 2003 stattfand, hat sich das Geschäftsklima erstmals seit einem Jahr wieder leicht verbessert, die Stimmung erscheint aber nach wie vor als unterkühlt, die Skepsis in den Geschäftserwartungen wurde lediglich von verhaltenem Optimismus abgelöst. Im Einzelnen bezeichneten 18% der Unternehmen den Geschäftsverlauf in den ersten drei Monaten des Jahres als günstig, 44% als befriedigend, und nach wie vor rund zwei Fünftel empfanden ihre derzeitige Situation als schlecht. Bereits zum sechsten Mal in Folge schrumpfte die Zahl der Beschäftigten. Positiv ist aber zu sehen, dass sich der Personalabbau verlangsamt. Nach wie vor berichten fast drei von vier DV-Unternehmen über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Schwach gefüllte Auftragsbücher stehen mit 62% der Nennungen an erster Stelle, verklungen ist dagegen die Klage über den Fachkräftemangel.

Weltwirtschaftsklima günstiger nach dem Kriegsende im Irak

19

Gernot Nerb und Anna Stangl

Nach den Ergebnissen des 80. Ifo World Economic Survey setzte sich die Aufwärtsbewegung des Gesamtindikators auch im April 2003 fort. Vor allem in der zweiten Aprilhälfte – nach Beendigung des Irak-Krieges – zeugten die Urteile der WES-Teilnehmer von einem deutlich besseren Wirtschaftsklima. Die Verbesserung des Indikators resultiert aus den zuversichtlicheren Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation stagnieren dagegen. Im Durchschnitt der 88 Länder bleibt die Arbeitslosigkeit immer noch das größte Problem. Die mangelhafte Nachfrage rangiert an zweiter Stelle. Häufiger als in der vorangegangenen Erhebung wird der Euro als überbewertet angesehen.

Spanien: Konjunkturmotor läuft nicht mehr rund, aber besser als im westeuropäischen Durchschnitt

33

Oscar-Erich Kuntze

Mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2% expandierte die spanische Wirtschaft im Jahr 2002 stärker als der westeuropäische Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresdurchschnitt auf 11,4% an. Die Teuerungsrate erreichte 3,6%. 2003 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 2¹/₄% wachsen. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Situation leicht. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt bei 12% liegen, und die Konsumentenpreise dürften das Niveau des Vorjahres um knapp 3¹/₂% übertreffen. 2004 wird sich das BIP um knapp 3% erhöhen. Die Arbeitslosenquote wird auf 11¹/₂% zurückgehen, und die Preise werden um 2³/₄% steigen.

Im Blickpunkt

ifo Konjunkturtest Juni 2003 in Kürze

42

Hans G. Russ

Die Ergebnisse des Konjunkturtests vom Juni bestätigen die neueste Prognose des ifo Instituts, dass es in der zweiten Jahreshälfte zu einer leichten konjunkturellen Erholung kommen wird. In den alten Bundesländern hat sich das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft zum zweiten Mal aufgehellt. Dabei besserten sich sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Erwartungen für das kommende halbe Jahr. In Ostdeutschland tendierte der Indikator ebenfalls wieder nach oben. Dies ist allerdings nur auf den nachlassenden Pessimismus bezüglich der Perspektiven zurückzuführen, während die Urteile zur Geschäftslage sogar etwas negativer ausfielen als im Vormonat. In Westdeutschland verbesserte sich das Geschäftsklima in allen erfassten Wirtschaftsbereichen, vor allem im Einzelhandel. In den neuen Bundesländern ergab sich eine kräftige Erholung im Baugewerbe, aber auch im verarbeitenden Gewerbe setzte sich der Aufwärtstrend nach der Unterbrechung im Vormonat wieder fort. Dagegen verschlechterte sich im Großhandel und im Einzelhandel der Klimaindikator wieder etwas.

Subventionsabbau zur Sanierung der öffentlichen Haushalte – aber wie?

Parteien und Wirtschaft plädieren für einen Subventionsabbau – nicht zuletzt zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Zur Debatte stehen eine flächendeckende Einzelfallprüfung oder die Kürzung aller Subventionen und Steuervergünstigungen um einen bestimmten Prozentsatz. Welche Methode erscheint sinnvoller?

Für eine Agenda 2010+

Regelmäßig, wenn die konjunkturelle Entwicklung oder Steuerreformen Löcher in die öffentlichen Haushalte reißen, kommt das Thema Subventionsabbau auf die Agenda. Die Realität lehrt freilich, dass diese »ruckartigen« Anstrengungen nur selten viel bewirken, gleichgültig ob der sog. »Rasenmäher« oder die Einzelfallprüfung als Kürzungstechnik bemüht wird. Das bereits konzeptionell aufgelegte Scheitern beider Ansätze hat unterschiedliche Gründe:

- Der »Rasenmäher«, bei dem – wie z.B. beim Vorschlag der Ministerpräsidenten Steinbrück und Koch – alle Subventionen und Steuervergünstigungen um einen bestimmten Prozentsatz gekürzt werden, verkennt den unterschiedlichen Erfolg der betroffenen Interessengruppen bei der Verteidigung der ökonomischen Renten zu ihren Gunsten. Auch bedeutet eine Kürzung um 10% nicht die Kappung aller Tarife, Einkommensgrenzen und Freibeträge um diese Marge. Denn von den Details der unterschiedlichen Tarife hängt u.a. auch die jeweilige Inanspruchnahme und damit das finanzielle Volumen ab. Insofern ist eine Volumenvorgabe für Subventionskürzungen alles andere als ein einfaches subventionstechnisches Unterfangen. Dieser Ansatz geht außerdem davon aus, dass die Gebietskörperschaften nur vorübergehend einige Milliarden Euro für das Stopfen von Löchern in ihren Haushalten benötigten, um danach so weiter zu machen wie bisher – ein fataler Irrtum.
- Die flächendeckende Einzelfallprüfung erscheint auf den ersten Blick intellektuell redlicher, scheitert allerdings regelmäßig ebenfalls nicht nur an der unterschiedlichen Stärke der begünstigten Interessengruppen, sondern

auch an anderen beteiligten Akteuren im öffentlichen Sektor. Denn Subventionen und Steuervergünstigung haben nicht nur individuelle, sondern auch regionale Begünstigungseffekte. Die Widerstände von Landesregierungen verschiedener Couleur gegen die im Herbst vorgeschlagene Kürzung der Eigenheimzulage spiegeln die Probleme von Subventionskürzungen exakt wider.

Subventionen sind außerdem Bestandteile des Instrumentenkastens sektoraler Politiken und Besitzstände sowie der Interessen der Akteure auf den verschiedenen Ebenen des föderalen Systems in Deutschland und Europa, der sog. »vertikalen Fachbruderschaften«. Letztere können besonders starke Vetopositionen gegen Kürzungen aufbauen, da hierfür nicht nur auf einer politischen Ebene Mehrheiten gefunden werden müssen, sondern auf allen beteiligten. Was für eine Ebene eine Ausgabe ist, bedeutet für eine andere außerdem eine »preiswerte« Einnahme, die ungern abgegeben wird. Steuervergünstigungen sind überdies in der deutschen Finanzverfassung deshalb so beliebt, weil der Bund als der Herr über das Steuerrecht die steuerlichen Ausnahmesachverhalte gewährt, Länder und Gemeinden aber nach Maßgabe ihrer Ertragsanteile an den Steuern die Leistungen mitfinanzieren.



Gisela Färber*

Vorteilswirkungen von Subventionen

Die für reale demokratische Willensbildungsprozesse typischen Verzerrungen

* Prof. Dr. Gisela Färber ist Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insb. Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

gelten für Subventionen wegen ihrer direkten Vorteilswirkungen und der üblicherweise guten Organisierbarkeit der dahinterstehenden Interessen in besonderem Maße. Deren institutionelle »Überlistung« ist demnach der Schlüssel für einen erfolgreichen Subventionsabbau.

Die klassischen ordnungspolitischen Ideale der Volkswirtschaftslehre haben sich als wenig schlagkräftig gegenüber Subventionen erwiesen. Betrachtet man sich den Katalog allein der Subventionen des Subventionsberichts, so sind gerade die volumenmäßig größten – wie die Eigenheimzulage, die Steinkohlesubventionen, die Marktordnungsausgaben an die europäische Landwirtschaft – ordnungspolitisch überhaupt nicht vertretbar. Über ihre budgetären Belastungen hinaus bewirken sie in längerfristiger Perspektive häufig sogar Verteuerungen der subventionierten Leistungen, weil sie entweder mit Rationierungsmaßnahmen verbunden sind oder – wie die Eigenheimzulage – auf wenig oder minimal elastische Angebotsmärkte treffen. Insoweit werden sie sogar zweimal bezahlt: zum einen über überhöhte Steuerzahlungen und zum anderen über erhöhte Preise für die direkt oder indirekt subventionierten Leistungen.

Bemerkenswert ist außerdem, dass die Verteilungswirkungen der meisten Subventionen selten zugunsten der unteren Einkommensgruppen ausfallen, sondern eher Großbetriebe, der Mittelstand sowie Haushalte in mittleren bis besseren Einkommensklassen die Profiteure sind. So wird die Eigenheimzulage überwiegend von den gut bis besser verdienenden Haushalten in Anspruch genommen. Im Steinkohlebergbau werden in einer in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähigen Branche sehr gut bezahlte Arbeitsplätze künstlich erhalten. Auch von den meisten Agrarsubventionen aus dem EU-Haushalt profitieren nicht die kleinen Betriebe, sondern große Höfe und Mastbetriebe sowie vor- und nachgelagerte hochtechnisierte Branchen. Von der Steuerfreiheit der Nachtarbeits- und Wochenendzuschläge sind per definitionem ebenfalls Einkommen über den Einkommen ohne Zuschläge begünstigt. Und schließlich – um ein Beispiel einer Subvention zu nennen, die noch nicht einmal im Subventionsbericht genannt wird, – haben von der Steuerfreiheit der Lebensversicherungszinsen die wohlhabenden Kapitalanleger mit hohen Grenzsteuersätzen höhere Vorteile als Geringverdiener, deren Anlagesummen im Zweifel außerdem niedriger liegen. Somit verdeckt das Feigenblatt sozialer Begründungen und Ziele bei einer Mehrheit der gewährten Beihilfen und Steuerausnahmen die gravierenden verteilungspolitische Mängel kaum noch.

Ein weiterer systematischer Zielkonflikt bestehender Subventionsprogramme, den Bündnis 90/DIE GRÜNEN seit kurzem thematisieren, liegt in ihrer häufig schädlichen Wirkung auf die Umwelt. D.h. viele Subventionen haben negative Auswirkungen auf Umwelt, Siedlungsstruktur und ökologische Nachhaltigkeit. Auch hier sind wieder die Steinkohlesub-

ventionen, die Eigenheimzulage – wegen ihres zersiedelnden Effekts – und die europäischen Agrarsubventionen zuvorderst zu nennen. Hinzu kommen immer noch bestehende Freistellungen von der Ökosteuer, die europaweit betriebene Subventionierung des Lastkraftverkehrs auf der Straße und des Luftverkehrs u.v.m. Bei aller Überzeugungskraft des neuen Konzeptes, welches Subventionen handfeste Negativwirkungen nachweist und nicht nur etwas, was aus »abstrakt« volkswirtschaftlicher Sicht schädlich ist, aber handfeste Vorteile für die Empfänger, aber auch für die gewährenden Politiker/Innen zu haben scheint, bleibt zu zweifeln, ob es allein für einen Subventionsabbau wirksam gemacht wird.

Erfahrungen des Auslandes, wo in Großbritannien, Australien und Neuseeland beginnend in den achtziger Jahren, aber z.B. auch in Schweden in den neunziger Jahren Subventionen erfolgreich abgeschafft worden sind, lehren noch eine weitere Erfolgsbedingung: Ohne eine wirtschafts- und finanzpolitische Krise ist den starken Besitzstandsinteressen nicht beizukommen. Die sog. »fiscal crisis«, die in allen diesen Ländern in einer Persistenz der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte gegenüber Kürzungen und einer Erosion der staatlichen Einnahmenbasis bestand und bei der sich Finanzierungsdefizite auch deshalb aufschaukelten, weil die wirtschaftliche Wachstumsdynamik wegen unterlassener Reformen stranguliert wurde, ließ den politischen Entscheidungsträgern nachgerade keine andere Entscheidung als radikal zu handeln. Innerhalb weniger Jahre wurden so z.B. in Neuseeland alle Subventionen, Beschränkungen des internationalen Handels und staatliche Monopole (es gab eines für Eier!) abgebaut, allerdings auch Reformen in der Arbeitsmarktpolitik vorgenommen. Die hierdurch ausgelösten Preissenkungen wurden nicht mit Deflation in Verbindung gebracht, sondern haben neue Nachfrage ausgelöst und einen neuen gesunden Wachstumsprozess in Gang gebracht. Das Absinken der Bodenpreise um etwa 50% war nicht nur Ausdruck des Sterbens von Bauernhöfen, sondern auch von günstigen Startchancen für produktivere und international wettbewerbsfähigere Verwendungen von Kapital und Boden.

Das Fehlen grundlegender Reformen

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern weltweit, in denen vor fast 20 Jahren keine grundlegenden Reformen vorgenommen wurden und auch später nicht, als andere Länder ihren Umbau fortsetzten. Deutschland war dann mit der deutschen Vereinigung beschäftigt, die u.a. mit neuen Subventionen z.B. an die Wohnungswirtschaft und Bauunternehmen sowie an ostdeutsche Unternehmen allgemein betrieben wurde. Es wurde allerdings neben überfälligen Arbeitsmarktreformen auch der Umbau der sozialen Sicherungssysteme versäumt und neue politische Besitzstände

eingerräumt, so dass das nicht mehr ganz so reiche Deutschland endlich in der fiskalischen Krise angekommen ist, die anderswo einen wirksamen Druck zugunsten von Reformen und Subventionsabbau ausgelöst hat.

Die verschenkte Zeit bei den Modernisierungen hat allerdings neuen Subventionsbedarf geschaffen. Deutschland hat es vor allem versäumt, den Bürger/Innen klarzumachen, dass die demographische Entwicklung, die mit ihr zusammenhängende Verschiebung der Relationen zwischen Erwerbsbevölkerung/Erwerbstätigen und Bezieher/Innen von Alterseinkünften sowie die Alterung der Beschäftigten insgesamt nicht nur die sozialen Sicherungssysteme verteuert, sondern auch mehr Eigenvorsorge durch Sparen erfordert. Stabile Beschäftigungschancen auch für ältere Arbeitnehmer/Innen bis zu einem späteren Renteneintritt als heute werden nur über bessere und kürzere Erstausbildung und lebenslange Weiterbildung zu realisieren sein. Auch hierfür können nicht nur Betriebe, Staat und Arbeitslosenversicherung verantwortlich sein. Vielmehr müssen die Menschen aus eigenen Mitteln mehr in ihre Beschäftigungsfähigkeit investieren und hierfür auch lebenslang sparen. Es erscheint empfehlenswert, für diese elementar wichtigen Zwecke des Alterssicherungs- und des lebenslangen Bildungssparens, für Investitionen in Humankapital, welche die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft entscheidend bestimmen werden, im Anschubwege neue Subventionen zu gewähren, mindestens aber für diese Bildungs-(Spar-)Konten eine nachgelagerte Einkommensbesteuerung einzuführen. Beide Sparzwecke zusammen, d.h. eine ausgeweitete und vereinfachte Riesterförderung und die flächendeckende Einführung von nachgelagert besteuerten Bildungskonten, dürften deutlich höhere öffentliche Mittel als andere, noch bestehende Subventionen für die Vermögensbildung (Bausparförderung, Arbeitnehmersparzulage) binden.

Vorschlag: Sieben Punkte-Programm

Nimmt man die fiskalische Krise in Deutschland, den Reformstau durch veraltete Subventionen und Steuervergünstigungen und die Neuausrichtung der Subventionspolitik auf Förderung des individuellen Sparens für Alterssicherung und lebenslanges Lernen zusammen, dann ergibt sich eigentlich eine klare Strategie für einen erfolgreichen Abbau der z.T. seit der Nachkriegszeit überlebenden, inzwischen aber überlebten staatlichen Hilfen. Sieben Punkte sollte ein erfolgversprechendes Vorhaben des Subventionsabbaus enthalten:

1. Die Agenda 2010 sollte zu einer Agenda 2010+ aufgestockt werden, welche über die weitgehende Abschaffung aller Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sowohl Haushaltsspielräume für allgemeine weitere Steu-

erensenkungen schafft, als auch Wachstumsdynamiken durch die Verwendung der durch die Subventionen gebundenen Ressourcen in produktiveren Bereichen der Volkswirtschaft auslöst.

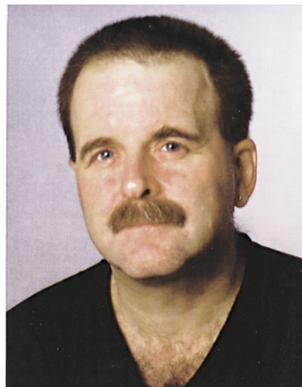
2. Zur Prüfung der bestehenden Subventionen im Einzelfall sind Prüfkriterien zu entwickeln, welche – mit Blick auf die politische Schwäche der ordnungspolitischen Argumente der Volkswirte – Trade-offs zu umweltpolitischen Zielen oder Konzepten der Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.
3. Die dem Subventionskatalog zugrunde liegende Abgrenzung ist zu überarbeiten und breiter zu fassen. Die hinter dem Subventionsbericht der Bundesregierung stehende Abgrenzung basiert auf einem veralteten stabilitätspolitischen Konzept und lässt wichtige Subventionen aus.
4. Steuervergünstigungen sollten gänzlich abgeschafft und nur in Ausnahmefällen als Finanzhilfen weitergeführt werden. Innerhalb der Steuerverbundwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland schaffen die steuerlichen Fördermaßnahmen und Zulagen in vertikaler Hinsicht unverträgliche Belastungen für die nicht an der Entscheidung beteiligten Gebietskörperschaften und verbilligen die Förderprogramme für die Bundesebene. Durch den Länderfinanzausgleich werden außerdem Ausgleichleistungen nach Maßgabe der unterschiedlichen Inanspruchnahme ausgelöst, die von den rechtlichen Vorgaben der bundesstaatlichen Finanzverfassung im Grunde nicht abgedeckt sind. Denn Fördersachverhalte unterliegen konzeptionell nicht einem Länderfinanzausgleich; dies gilt nur für die Steuerkraft.
5. Allgemeine Vermögensbildung und Förderung des Erwerbs selbstgenutzter Immobilien sollten in einer reichen Volkswirtschaft überhaupt nicht mehr gefördert werden, zumal wenn damit – wie bei der Eigenheimzulage – die aus Versorgungsaspekten prekären Bevölkerungsgruppen überhaupt nicht erreicht werden oder nur mit zusätzlichen Mitteln der Länder überhaupt zum Eigentumserwerb kommen. Es könnte sogar sein, dass der Staat damit Immobilieneigentum in vielen Wohnlagen fördert, die bei schrumpfender Bevölkerung nicht wertstabil sind.
6. Zumindest alle Mittel der Förderung der Vermögensbildung sind auf die Förderung des Alterssicherungs-¹ und Bildungssparens umzulenken, wobei eine nachgelagerte Besteuerung dieser Konten nur vorübergehend Steuerausfälle mit sich bringt, mittel- und langfristig aber die Besteuerungsbasis des Staats bei schrumpfender Bevölkerung sogar eher sichert und – je nach den Regeln

¹ Der Vorschlag geht über die Neuordnung der Besteuerung von Alterseinkünften hinaus, die der Bundesfinanzminister zum 1. Januar 2005 vornehmen muss. Zur Absicherung von zusätzlichen Sparprozessen für ergänzende Alterssicherungen in der 2. und 3. Säule sollten über den Kommissionsvorschlag hinaus Einsparungen aus Subventionsabbau entweder zur beschleunigten Steuerfreistellung der Beiträge oder zur Anhebung der steuerlich privilegierten Beitragsleistungen verwendet werden.

für die Verwendung der Bildungskonten – auch konjunkturell weniger anfällig machen könnte. Diese neue Förderdimension könnte in jedem Fall stark genug sein, um die alten Subventionen zu verdrängen.

7. Alle fortgeführten und neuen Subventionen sollten mit sog. Sunset-Klauseln ausgestattet werden. Sie würden damit ein automatisches Verfallsdatum erhalten; sie dürften nur nach einer expliziten wissenschaftlichen Evaluierung fortgeführt werden. Nicht empfehlenswert erscheint der Vorschlag, Subventionen nur noch mit qualifizierten parlamentarischen Mehrheiten zu verlängern. Denn größere Mehrheiten schaffen häufig noch teure und ordnungspolitisch noch dubiosere Lösungen, weil jede der beteiligten Parteien ihre Klientel bedienen will.

Dieses Programm ist zugegebenermaßen anspruchsvoller und umfassender als der schon von der Öffentlichkeit bestaunte Vorschlag der beiden Ministerpräsidenten. Es soll aber gerade kein Ansatz sein, um eine leichte vorübergehende Einnamenschwäche zu überstehen. Es geht um nichts mehr und weniger als die wirtschafts- und finanzpolitische Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Das vorgeschlagene Programm ist deshalb als Teil einer ernsthaft vorangetriebenen Agenda 2010+ zu sehen.



Klaus-Dieter Diller*

Subventionsabbau – aber wie? Subventionsabbau – eher nie!

In der griechischen Geometrie existieren drei bekannte, mit Lineal und Zirkel unlösbare Probleme: Es sind dies die Dreiteilung des Winkels, die Quadratur des Kreises und die Verdopplung des Würfels. Jene, zumeist Amateure, die sich in zeitlichen Abständen dennoch immer wieder einmal – mehr oder weniger originell, stets freilich vergeblich – an einer Lösung versuchen, heißen Winkeldreiteiler, Kreisquadrierer, Würfelverdoppler ... und sie sind die Lachnummern der mathematischen Zunft.

Auch im demokratischen Budgetrecht existieren mindestens drei, ebenso bekannte wie allerdings auch unlösbare Probleme: Es sind dies der Haushaltsausgleich, die Steuergerechtigkeit und der Subventionsabbau. Jene, zumeist Professionelle, die in zeitlichen Abständen immer wieder einmal eine Lösung ankündigen oder einfordern, heißen Finanzpolitiker (genauer: Finanzminister oder finanzpolitische Sprecher) ... und über sie lacht in der ökonomischen Zunft schon lange niemand mehr. Denn über einen Witz, der zum hundertsten oder tausendsten Male erzählt wird, vermag sich selbst das höflichste Auditorium nicht mehr zu amüsieren.

Abbau von Subventionen – ein finanzpolitischer »Evergreen«

Betreffend den Abbau von Subventionen – schon vor exakt drei Dekaden (!) als »finanzpolitischer Evergreen« bezeichnet – könnten bereits die Feierlichkeiten zum fünfzigjährigen Verweilen auf der Agenda des Bundes und der Länder angedacht werden. Ein treffendes Motto dafür wäre: »... ja,

* Prof. Dr. Klaus-Dieter Diller lehrt am Institut für Management an der Universität Koblenz-Landau.

aber ...«. Denn in jenem halben Jahrhundert hatte es an gefragtem wie ungefragtem Rat zum Verfahren wie zum Gegenstand der Befassung gewiss zu keinem Zeitpunkt einen Mangel; indes verdurstete und verhungerte schlicht jede grundsätzliche Idee auf ihrem Weg in den Prozess der politischen Willensbildung.

Um einen unerwünschten Zustand zu vermeiden, ist Dreierlei erforderlich: Das Motiv, es tun zu wollen, die Macht, es tun zu dürfen, und die Mittel, es tun zu können. Bei allen Bekenntnissen der Finanzpolitiker zum vermeintlichen Erfordernis eines Abbaus von Subventionen ist jedoch schon das erste Element – die Absicht – in seiner Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit durchaus in Frage zu stellen: Die gegenwärtig gewährten Subventionen sind zum größeren Teil das unvermeidbare budgetintensive Ergebnis bereits lange zuvor ergangener Entscheidungen, während eine gegenwärtig beschlossene Gewährung von Subventionen ihre Budgetwirksamkeit zum größeren Teil erst in der Zukunft entfaltet. Angesichts der – aufgrund ihrer Jährlichkeit – systemimmanent zur Kurzatmigkeit neigenden öffentlichen Etats ist die Verantwortung von den aktuellen Entscheidungsträgern für das Erstere zumeist nicht mehr und für das Letztere zumeist noch nicht zu übernehmen. Bereits diese Asymmetrie begünstigt das Verharren bzw. die Ausweitung gegenüber der Einschränkung. Bedeutende zeitliche Begrenzungen, wie sie etwa die »Sunset Legislation« und das »Zero Base Budgeting« darstellen, existieren hierzulande nicht. Statt dessen wird von den Verantwortlichen allzu gerne darauf verwiesen, dass – »... ja, aber ...« – im Rahmen des einjährigen Haushaltsplans und -vollzugs auch die Subventionen, ohnehin seit jeher ein »Mittel des finanzpolitischen Kompromisses«, einer ständigen Kontrolle unterworfen seien.

Das zweite Element – die Zuständigkeit – ist im vorliegenden Falle durch eine Teilung der Staatsgewalt, einen Entscheid durch demokratische Mehrheit und eine föderale Struktur vorgegeben. Idealtypisch bedeutet dies, dass sich die legislative Gewalt jeweils auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen gesondert mit Pluralität durchsetzt. Realtypisch hat dies bei Subventionen zur Konsequenz, dass die Vorschläge des Finanzministers zum Abbau, so sie denn die Auseinandersetzungen innerhalb der Exekutive – mit den Fachministern und -ministerinnen im Kabinett – überhaupt überleben, spätestens an der durch vorerwähnte Entbindung von der Verantwortung beflügelten Gestaltungsfreudigkeit der Parlamentarier und ihrer fachpolitischen Sprecher, auf Bundes- wie auf Landesebene, zerbröseln.

Gelingt denn – freilich auf einem quantitativ höheren als von der Exekutive angestrebten Niveau der Gewährung von Subventionen – zumindest der Schulterschluss zwischen der Regierung und den die Regierung tragenden Fraktionen im

Parlament, wird ein oppositioneller Anwurf wie jener, dass der Abbau zu gering sei, gewöhnlich in folgenden Stereotyp münden: Regierung und Regierungsfractionen werden sich darauf berufen, dass das diesbezüglich Leistbare geleistet worden sei und im Übrigen die Opposition (in den Beratungen der damit befassten parlamentarischen Fachausschüsse) ihrerseits keine eigenen Vorschläge zum Abbau unterbreitet, sondern im Gegenteil sogar teilweise eine Ausweitung gefordert habe; die Oppositionsfraction wird sich dem gegenüber schlicht darauf berufen, dass es nicht ihre Zweckbestimmung sei, die Hausaufgaben der Regierung zu erledigen.

Auf der Ebene der Bundesländer wird schließlich darauf verwiesen werden, dass deren Spielraum bei der Mitwirkung am Abbau von Subventionen von vornherein begrenzt sei: Völlig ohne Einfluss seien sie zum einen bei – jenem größeren Teil an – Finanzhilfen, die durch Bundesgesetz vorgeschrieben oder anteilig durch den Bund (oder die Europäische Gemeinschaft) finanziert würden; ebenfalls kein – bzw. ein über die Länderkammer nur (unbedeutender) mittelbarer – Einfluss bestünde zum anderen hinsichtlich der durch Gesetz auf Bundesebene verfügbaren Steuervergünstigungen.

»Eigentlich« sprechen sich also alle Beteiligten für den Abbau von Subventionen aus. Indes – so heißt es auf unterschiedlichen Stufen der selben Wirkenden – scheitern die Länder an der Gesetzgebungskompetenz des Bundes, die Opposition an der Regierungsmehrheit, die Exekutive an der Legislative und zuletzt das Parlament an seiner eigenen Vergangenheit. Die durchaus nicht anmaßende Empfehlung, der Paralyse im Prozess der Willensbildung und Entscheidung mittels der Einrichtung eines – durch wirtschaftswissenschaftliche Begleitung gestützten – »Subventionsamtes«, »Subventionsbeauftragten« oder »Subventionsrates« zu begegnen, zeitigt dann jedoch – »... ja, aber ...« – das unmittelbare Bekenntnis der Parlamentarier, sich nicht derart einfach aus ihrer politischen Verantwortung stehlen zu wollen. Ganz nebenbei bemerkt: Welcher Wirtschaftswissenschaftler möchte sich hier gegenwärtig noch einbringen – angesichts der Prügel, die (solches lehren die aktuellen Erfahrungen) in ähnlichem und anderem Zusammenhang seitens der vorerwähnten Volksvertreter zu erwarten sind.

Das dritte und letzte Element – die Maßnahmen – ist in zeitlicher und sachlicher Hinsicht zu unterscheiden: Da Finanzhilfen einer Ausgabenermächtigung durch Haushaltsgesetz und Steuervergünstigungen einer – zumeist begleitend zur Verabschiedung des Etats getroffenen – Verankerung im Abgabenrecht bedürfen, ist auch eine Prüfung von Subventionen an sich in jenem Zeitraum zu erwarten, in dem das Budget beschlossen wird. Dies erfordert allerdings einer Liste der zu überprüfenden Subventionen, wie sie in Ge-

stalt des »Subventionsberichts« gleichwohl bereits seit mehreren Dekaden vorliegt. Indes – »... ja, aber ...« – stellt sich schlicht die Frage, wann der Finanzpolitiker unter dem Druck zügiger Beratung des Haushaltsplans sowie darunter der Ministerial-, Funktionen- und Gruppierungspläne usw. auch noch die Zeit finden will, eine einzelne Art von Ausgaben bzw. (im Etat gar nicht ausgewiesenen) Mindereinnahmen einer gesonderten Betrachtung zu unterziehen. Folgerichtig wird dies gewöhnlich durch die Aussage verbrämen, die Kontrolle sei begleitend zur Verabschiedung des Budgets erfolgt. Demgegenüber scheidet eine parlamentarische Befassung außerhalb jener Periode ohnehin daran, dass Beschlüsse in solchen Augenblicken nicht in haushaltsrelevante Entscheidungen überführt werden können. Von daher kommt das Anliegen, sich dem fraglichen Gegenstand widmen zu sollen, schon allein zeitlich immer ein wenig ungelogen.

Wenig Aussichten auf Erfolg

Bei den Methoden zum Abbau von Subventionen lässt sich zuletzt das gesamte Spektrum diskretionärer bis automatischer Abläufe anführen, von denen dann – »... ja, aber ...« – jede einzelne Maßnahme aus nun zum Teil schon vertrauten Gründen wenig Aussicht auf Erfolg verheißt: Der gezielten Kürzung zum Ersten steht entgegen, dass der Finanzpolitiker seine Daseinsberechtigung aus der Verteilung und nicht aus der Beschränkung von Begünstigungen bezieht. Mit Blick auf eine globale Kürzung zum Zweiten – die so genannte »Rasenmähermethode« (mit der missverständlichen Assoziation einer nach dem Schnitt absolut gleichen Grashalmlänge anstelle proportionaler Kürzung) – besinnt sich derselbe Finanzpolitiker wieder auf sein schweres Los, nicht von der schon erwähnten politischen Verantwortung entbunden werden zu können; auf den Teil einer Mechanik wird er sich keinesfalls reduzieren lassen. Und Automatismen zum Dritten – insbesondere etwa eine von vorn herein befristete und degressiv gestaffelte Gewährung – seien, so verlautet es, nicht erforderlich, da Subventionen regelmäßig im Rahmen der Beratung und Verabschiedung des Haushalts überprüft würden.

Eine ausführliche Würdigung erfahren in der politischen Auseinandersetzung demgegenüber zwei Forderungen, die grundsätzlich nicht erfüllt werden können: Zum einen wird unermüdlich verlangt, vor dem Beginn der Bemühung um einen Abbau von Subventionen zunächst ein Einvernehmen darüber erzielen zu müssen, was überhaupt unter Subventionen verstanden werden soll. Eine solche Verständigung scheidet jedoch bereits daran, dass die Anzahl der Begriffsbestimmungen gewöhnlich gleich der Zahl an Gesprächsteilnehmern – zuzüglich eins für jeden darunter anwesenden Professor – ist. Zum anderen wird unentwegt

darauf bestanden, die Prüfung von Begünstigungen an das Ergebnis einer Erfolgskontrolle – genauer: einer Wirkungskontrolle – knüpfen zu müssen. Dies muss allerdings schon aufgrund des unüberwindbaren »With-and-without«-Problems misslingen: In Ermangelung einer »Parallelwelt« wird nie nachweisbar sein, welcher Beitrag zur Erreichung eines wirtschaftspolitischen Ziels der Gewährung einer Subvention zuzurechen ist (und, nebenbei, welcher Beitrag zur Verfehlung eines wirtschaftspolitischen Ziels an anderer Stelle der Gewährung der gleichen Subvention anzulasten ist).

Eine Ankündigung wie die, Subventionen »... nun (!) endlich (!) ohne Ausnahme (!) schonungslos (!) auf den Prüfstand (!) ...« stellen zu wollen, mutet nach dem vorstehenden Befund zu Motiv, Macht und Mitteln als der x-te Trailer zu einem Film an, der nie gedreht wurde und nie gedreht werden wird. Dazu die Erinnerung an den hierzulande diesbezüglich vielleicht spektakulärsten Akt: Es ist gerade eine Dekade her, dass einmal ein Wirtschaftsminister sein politisches Schicksal an das Gelingen eines Abbaus von Subventionen im Umfang von zehn Milliarden (weiland noch Deutschen Mark) knüpfte. Er ließ daraufhin tatsächlich einen Erfolg verkünden – den er allerdings größtenteils dadurch erzielte, dass er zum einen die fragliche Summe sogar verdreifachte, dafür aber gleichzeitig auf drei Jahre verteilte, zum Zweiten ohnehin auslaufende Begünstigungen seinem Verdienst zuschrieb, und zum Dritten Einschränkungen bei anderweitigen Maßnahmen einbezog, die zuvor gar nicht als Subventionen gegolten hatten. So oder ähnlich – wenn auf etwas Verlass ist, dann auf die blühende Phantasie der Finanzpolitiker – werden letztlich auch die jetzt angekündigten Runden verlaufen.

Der vorläufig als einziger noch wirksam anmutende Ausweg muss einen Finanzwissenschaftler freilich entsetzen – er bestünde im teilweisen Entzug des parlamentarischen Budgetbewilligungsrechts durch Vorschaltung eines Aktes der Judikative: Aufsehen erregenden Veränderung im Bereich der Finanzpolitik gingen in den vergangenen Jahren ein ums andere Mal höchsttrichterliche Entscheidungen voraus; beispielgebend sei hier an die Vorgabe der Verabschiedung eines Maßstäbengesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs bei gleichzeitiger Androhung des andernfalls zwangsweisen Außerkrafttretens bestehenden Rechts erinnert. Dies könnte – gleichsam als Ultima Ratio – ein Muster sein, um eine Reaktion im politischen Raum zu erzwingen.

Neben den die Gewaltenteilung betreffenden Bedenken ist – »... ja, aber ...« – auch eine solche Maßnahme indes nicht unproblematisch: Zum einen müsste sich auf der Basis bereits geltender Gesetzeslage das Verfassungsgericht überhaupt mit Aussicht auf Erfolg anrufen lassen; zum ande-

ren müsste sich eben jene Legislative, die letztlich des Versagens beim Abbau von Subventionen zu bezichtigen ist, selbst härtere Rahmenbedingungen für die Zukunft auferlegen. Auch dazu ein nicht eben zuversichtlich stimmendes Beispiel: Der Ende der achtziger Jahre dem zentralen Ordnungsgeber aufgetragenen Verabschiedung eines Bundesgesetzes zu Artikel 115 Grundgesetz ist dieser bis heute – fast eineinhalb Dekaden später – immer noch nicht nachgekommen. Notabene: Es geht hier letztlich nicht um neue Kodizes mit eingebautem Weichspülgang – solche gibt es längst auch für Subventionen. Aber was vor wenigen Jahren bei der Vermögensteuer möglich war, sollte für die Subventionen – Finanzhilfen wie Steuerbegünstigungen – nicht von vornherein als unmöglich angesehen werden.

Der hier vorgetragenen Vermutung eines unter den gegenwärtigen Bedingungen unlösbaren Problems des Abbaus von Subventionen mag durchaus ihre pessimistische Note angelastet werden. Tatsächlich fußt sie auf einem eher kurzen Beobachtungszeitraum von lediglich fast 50 Jahren. Um auch dafür eine zur Geduld mahnende Analogie aus der Mathematik zu bemühen: Fermats großer oder letzter Satz wurde erst nach dreieinhalb Jahrhunderten im vergangenen Jahrzehnt, die Catalansche Vermutung erst nach eineinhalb Jahrhunderten im Vorjahr bewiesen.

Der Rückgang der Nichtwohnungsbauinvestitionen in den vergangenen zehn Jahren ist eine Folge der Anpassung des Bautenbestandes an das sich abschwächende gesamtwirtschaftliche Wachstum. Damit es zu einer Trendwende hin zu wieder steigenden Investitionen kommt, müsste sich die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP für den Rest des Jahrzehnts an 2% annähern.

Das Jahr 2002 war ein schlechtes Jahr für den Nichtwohnungsbau in Deutschland. Die Investitionen dieser Sparte, in der gewerbliche und öffentliche Bauten zusammengefasst sind, schrumpften real um fast 6%. Die Talfahrt der Nichtwohnungsbauinvestitionen setzte sich damit weiter fort, von einem Höchststand von 122 Mrd. € 1994 sind sie nunmehr bis auf 91 Mrd. € im Jahr 2002 zurückgegangen (in konstanten Preisen von 1995). Der Rückgang erfolgte mehr oder minder kontinuierlich von Jahr zu Jahr. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist im selben Zeitraum von 1 770 Mrd. € auf 1 984 Mrd. € angestiegen. Das wirft die Frage auf, ob sich der Nichtwohnungsbau vom Trend des gesamtwirtschaftlichen Wachstums losgelöst hat und wie weit sich der Rückgang noch fortsetzen wird.

Trendzusammenhänge

Die Prognose der Entwicklung hängt davon ab, ob es möglich ist, aus dem bisherigen Verlauf bestimmte ökonomische Regelmäßigkeiten abzuleiten, auf die sie sich stützen kann. Der Nichtwohnungsbau ist in erheblichem Umfang von staatlichen Maßnahmen beeinflusst; über einen Teil des Nichtwohnungsbaus, den öffentlichen Bau, wird sogar direkt von staatlichen Instanzen entschieden. Es ist aber zu vermuten, dass es hinter den unregelmäßigen Einflüssen der Wirtschaftspolitik auch langfristig wirkende, »fundamentale« ökonomische Einflussfaktoren gibt, die den Trend des Nichtwohnungsbaus bestimmen. Die Frage nach den fundamentalen Einflüssen knüpft an der Überlegung an, dass im Prinzip investiert wird, um den vorhandenen Bautenbestand an das gewünschte Niveau anzupassen. Dieser Sachverhalt lässt sich mit folgender Gleichung ausdrücken:

$$(1) \text{ NWB} = \lambda (\text{KNW}^* - \text{KNW}_{-1})$$

Gleichung (1) ist die Formulierung einer stufenweisen Anpassung der Investitionen. Sie impliziert, dass die Nichtwohnungsbauinvestitionen NWB in einem Jahr umso größer sind, je größer die Lücke zwischen dem gewünschten Bestand an Nichtwohnbauten KNW^* und dem schon vorhandenen Bautenbestand KNW_{-1} aus dem Vorjahr ist. Der Parameter λ drückt das Tempo der Anpassung aus. Besitzer der Nichtwohnbauten sind entweder private Unternehmen oder die öffentliche Hand. Die Kapitalnachfrage der privaten Unternehmen, die Gewinnmaximierung anstreben, hängt in letzter Instanz von den Kosten des Kapitals und dem erwarteten Bedarf, d.h. der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktion ab. In Gleichungsform ausgedrückt lautet diese Aussage¹:

$$(2) \text{ KNW}^* = \gamma \text{ BIP}/k_c$$

Gleichung (2) sagt aus, dass der gewünschte Bautenbestand KNW^* umso höher sein wird, je niedriger die Kapitalkosten k_c und je höher die erwartete gesamtwirtschaftliche Produktion BIP sind. Der Parameter γ drückt das Größenverhältnis aus. Nach Einsetzen von Gleichung (2) in Gleichung (1) ergibt sich als Investitionsfunktion:

$$(3) \text{ NWB} = \lambda (\gamma \text{ BIP}/k_c - \text{KNW}_{-1})$$

Gleichung (3) beschreibt die »fundamentalen« ökonomischen Bestimmungsgründe einer Investitionsentscheidung. Die Kapitalkosten werden im Wesentlichen aus den Realzinsen, den steuerlichen Abschreibungsvorschriften sowie eventuellen Investitionszulagen gebildet. Kurzfristig können die Kapitalkosten, bedingt vor allem durch die Realzinsen, beträchtlich

¹ Diese Formulierung ergibt sich aus der speziellen Annahme einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, wie sie häufig in Studien des Investitionsverhaltens benutzt wird (Dornbusch und Fischer 1987).

schwanken. Auf lange Sicht dürften sich diese Schwankungen jedoch weitgehend ausgleichen, so dass die Größe kc in Gleichung (3) bei der Bestimmung des Trends vernachlässigt werden kann.² Ferner ist davon auszugehen, dass langfristig die erwartete und die tatsächliche Produktion übereinstimmen. Unter diesen vereinfachenden Annahmen besagt Gleichung (3), dass über die Jahre hinweg die Nichtwohnbauinvestitionen von der gesamtwirtschaftlichen Produktion und dem bereits existierenden Bestand an Nichtwohnbauten abhängen. Diese Überlegungen beziehen sich im Prinzip auf die Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Der Staat als Investor ist zwar nicht an einer Gewinnerzielung orientiert, unterliegt aber vergleichbaren Zwängen. Auch der öffentliche Bau wird sich letztlich am gesamtwirtschaftlichen Wachstum orientieren müssen, nicht zuletzt deshalb, weil davon die Einnahmen der Gebietskörperschaften abhängen. Gleichung (3) kann deshalb als Vorlage für die empirische Schätzung der gesamten Nichtwohnbauinvestitionen dienen.

Wenn die Aussage der Gleichung (3) eine zutreffende Beschreibung der wesentlichen Bestimmungsfaktoren für die Nichtwohnbauinvestitionen ist, dann müssen sich die drei Größen Nichtwohnbauinvestitionen, Bautenbestand und gesamtwirtschaftliche Produktion so in der Zeit entwickeln, dass sie langfristig in einem festen Verhältnis zueinander stehen. Eine durch einen wirtschaftspolitischen oder konjunkturellen Anstoß bewirkte Abweichung in einem Jahr müsste dann in den Folgejahren entgegengesetzte Bewegungen auslösen, die wieder auf den gemeinsamen langfristigen Pfad zurückführen. Mit anderen Worten, die Differenz zwischen ihnen müsste stationär sein, d.h. einen endlichen Mittelwert und eine endliche Varianz aufweisen.

Ökonometrische Schätzung

Diese Annahme lässt sich ökonometrisch überprüfen. Für die empirische Analyse stehen Daten des Statistischen Bundesamtes von 1960 bis 2002 zur Verfügung.³ In der Tabelle sind die Ergebnisse einer Regressionsschätzung der Gleichung (3) dargestellt. Der Schätzzeitraum erstreckt sich von 1962 bis 2000. Die schon bekannten Werte für 2001 und 2002 sollen zur Überprüfung der Prognosegüte des Ansatzes verwendet werden. Aus der Regressionsschätzung

ergibt sich als Gleichung für die langfristigen Trendwerte der Nichtwohnbauinvestitionen für die Zeit ab 1991:

$$(4) \text{ NWB} = 0.136 \text{ BIP} - 0.105 \text{ KNW}_{-1} + 58.85 + 156.27 \text{ DU}$$

Die Koeffizienten sind statistisch gesichert. Der Bautenbestand des Vorjahres übt einen negativen Einfluss auf die Investitionen des laufenden Jahres aus, weil die schon vorhandene Kapazität bei gegebenem BIP weniger Neuinvestitionen erforderlich macht. Der Koeffizient von -0.105 gibt Aufschluss über die Anpassungsgeschwindigkeit des Bestandes an seine gewünschte Größe, die in Gleichung (1) mit λ bezeichnet ist. Demgemäß wurde – im Durchschnitt der letzten 40 Jahre gerechnet – pro Jahr nur etwa ein Zehntel der Differenz zwischen tatsächlichem und gewünschtem Bestand ausgeglichen. Der volle Abbau von Überkapazitäten, wie sie etwa in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung geschaffen wurden, würde sich so gesehen auf einen Zeitraum von rund zehn Jahren erstrecken. Das könnte zu einem großen Teil den in der jüngeren Vergangenheit zu beobachtenden über die Jahre anhaltenden Schrumpfungsprozess der Nichtwohnbauinvestitionen erklären.

Wie die statistischen Prüfmaße der Regression zeigen, sind die Differenzen zwischen den durch Gleichung (4) gegebenen Trendwerten und dem tatsächlichen Volumen der Nichtwohnbauinvestitionen normalverteilt, d.h. sie können als durch aktuelle Ereignisse verursachte, aber letztlich zufällige Abweichungen vom Trend interpretiert werden. Diese Differenzen erfüllen ferner die Bedingung der Stationarität, d.h. jede Entfernung der Größen BIP und Nichtwohnbauten vom gemeinsamen Trend löst Gegenbewegungen aus, die sie wieder zu diesem Trend zurückführen. Die Gleichung (4) kann deshalb als eine zuverlässige Beschreibung der langfristigen Entwicklung der Nichtwohnbauinvestitionen angesehen werden.

Der aktuelle Bestand an Nichtwohnbauten ergibt sich aus dem Ausgangsbestand, den Neubauten und dem Abriss von Gebäuden. An Hand der Zahlen des Statistischen Bundesamtes lässt sich für die Zeit von 1961 bis 2000 folgende Beziehung zwischen Bestand (KNW) und neuen Bauten (NWB) quantifizieren:

$$(5) \text{ KNW} = 0.99 \text{ KNW}_{-1} + 0.96 \text{ NWB}_{-1}$$

Der Koeffizient von 0.99 für den Bautenbestand des Vorjahres drückt die Langlebigkeit der Nichtwohngebäude aus. Im Durchschnitt der letzten 40 Jahre wurden pro Jahr jeweils nur 1% der Bauten der weiteren Nutzung entzogen.⁴

² Ein Element der Kapitalkosten, das Verhältnis zwischen Preisindex der Bauinvestitionen und Preisindex des BIP, weist zwischen 1960 und 1990 einen steigenden Trend auf. Diese Trendkomponente wird in der ökonometrischen Schätzung durch einen Zeittrend berücksichtigt (vgl. Tabelle).

³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3, versch. Jahrgänge. Von 1960 bis 1991 stehen Zahlen für Westdeutschland in DM-Preisen von 1991 zur Verfügung, von 1991 bis 2002 Zahlen für Gesamtdeutschland in €-Preisen von 1995. Um glatte Zeitreihen zu erzielen, wurden die Jahre vor 1991 mit dem Proportionalitätsfaktor von 1991 multipliziert. Damit wird Westdeutschland vor 1991 ein fiktives Ostdeutschland zugerechnet, das sich konjunkturell genauso verhalten hat wie Westdeutschland.

⁴ Dabei ist sicherlich zu beachten, dass es sich bei den hier verwendeten Zahlen um keine reinen Mengengrößen handelt, sondern um mit konstanten Preisen bewertete Wertgrößen, die auch Qualitätsveränderungen enthalten können.

Notwendige Bestandsanpassung

Die Gleichungen (4) und (5) ermöglichen die Prognose der Nichtwohnungsbauinvestitionen in Abhängigkeit von einem vorgegebenen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Die Ergebnisse der Prognose ab 1991 sind in der Abbildung dargestellt. Der Vergleich der geschätzten mit den tatsächlichen Werten zeigt, dass die historische Entwicklung recht gut nachgezeichnet werden kann. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass der Rückgang der Nichtwohnungsbauinvestitionen ab 1994 nicht als Resultat einer Abkoppelung der Bauinvestitionen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu interpretieren ist, sondern im Gegenteil als Anpassungsreaktion der Unternehmen und des Staates mit dem Ziel, den Bautenbestand an den sich abschwächenden

Trend des BIP-Wachstums anzugleichen. Das hat bis heute abnehmende Bestandszuwächse, d.h. schrumpfende Investitionsvolumina erfordert. Der Schätzzeitraum der Gleichungen (3) und (4) endet 2000, die außerhalb des Schätzzeitraums liegenden Werte für 2001 und 2002, die einen weiteren Rückgang anzeigen, werden richtig prognostiziert. Das gibt Grund zu der Annahme, dass auch die Prognose für die kommenden Jahre an Hand dieser Gleichungen zu plausiblen Ergebnissen führen wird. Für 2003 wurde dabei ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 0,5% unterstellt, ab 2004 wurde mit zwei Varianten gerechnet. Die erste Variante beruht auf einem Trendwachstum des BIP von 2%, die zweite auf einem solchen von 1%. Das Ergebnis ist, dass ein Trendwachstum des BIP in der Nähe von 1% mittelfristig zu einem weiteren Rückgang der Nichtwohnungsbau-

Regressionsschätzung für die Nichtwohnungsbauinvestitionen

Zu schätzende Gleichung:

$$NWB_t = \alpha_0 + \alpha_1 KNW_{t-1} + \alpha_2 BIP_t + \sum_{i=-1}^1 \beta_i \Delta BIP_{t-i} + \alpha_3 T6090 + \alpha_4 DU + \sum_{i=0}^1 \gamma_i D91_{t-i}$$

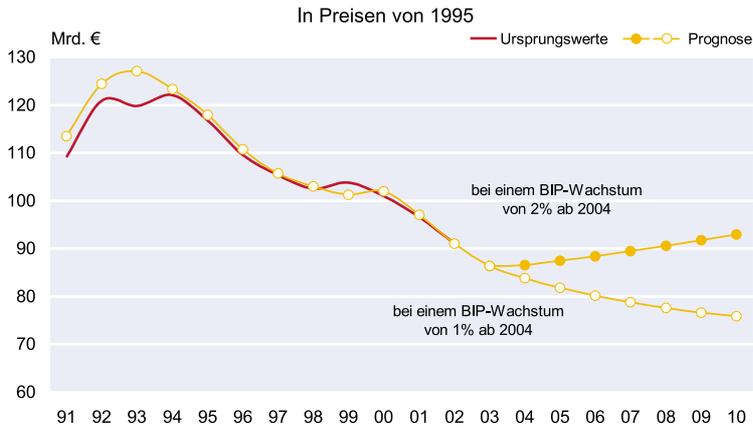
		Koeffizient	Korr. Standard Abw. ^a
Variable:			
KNW _{t-1}	Bautenbestand im Vorjahr	-0.1045	0.0088***
BIP	Bruttoinlandsprodukt	0.1360	0.0189***
ΔBIP _{t+1}		-0.0007	0.0248
ΔBIP		-0.0023	0.0274
ΔBIP _{t-1}		0.0092	0.0274
Regressionskonstante		58.8479	9.0148***
T6090	Zeittrend 1960 – 1990	4.1754	0.4951***
DU	= 1 für Zeit > 1990, sonst = 0	156.2741	19.1982***
D91	= 1 für Zeit = 1991, sonst = 0	-29.9259	4.9296***
D91 _{t-1}		-14.3816	4.3970***
Schätzzeitraum		1962 – 2000	
Statistische Prüfmasse:			
Korr. R ²			0.933
Normalverteilung der Reste	JB Test ^b	2(2)	1.079
Stationarität der Reste	KPSS Test ^c	()	0.055
	ADF Test ^d	t	-4.488***
Linearität der Funktion	RR Test ^e	F(3,35)	2.103

Die Sternchen bezeichnen die Ablehnung der Null-Hypothese auf dem 10%-(*) , 5%-(**) und 1%-(***) Niveau.

^a Der Schätzansatz enthält ein Simultanitätsproblem, weil das BIP auf der rechten Seite der Gleichung nicht unabhängig von den Bauinvestitionen auf der linken Seite sein dürfte. Diesem Problem soll durch den dynamischen OLS Ansatz (DOLS) Rechnung getragen werden. Die Berücksichtigung von lags und leads der Veränderung des BIP entsprechend dem Vorschlag von Stock und Watson (1993) ermöglicht eine asymptotisch effiziente Schätzung der langfristigen Koeffizienten. Die Analyse mit Hilfe von Informationskriterien hat ergeben, dass ein lead/lag von einem Jahr optimal ist. Die Standardabweichung der Koeffizienten muss um die langfristige Varianz korrigiert werden, hierfür wird eine Autokorrelation zweiten Grades der Regressionsreste unterstellt. – ^b Jarque-Bera-Test. – ^c Kwiatkowski-Phillips-Schmidt-Shin-Test. Dieser Test prüft die Null-Hypothese der Stationarität (Kwiatkowski, Phillips, Schmidt und Shin 1992). – ^d Augmented-Dickey-Fuller-Test. Dieser Test prüft die Null-Hypothese einer Einheitswurzel. Für den ADF und KPSS Test ist jeweils eine lag-Länge von null ausreichend. – ^e Ramsey-Reset-Test.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Nichtwohnbauinvestitionen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

investitionen führen wird. Damit es zu einer Wende hin zu wieder steigenden Investitionen kommt, müsste sich die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP für den Rest des Jahrzehnts an 2% annähern.

Literatur

Dornbusch, R. und S. Fischer (1987), *Makroökonomik*, 3. Auflage, München.

Kwiatkowski, D., P. Phillips, P. Schmidt und Y. Shin (1992), »Testing the null hypothesis of stationarity against the alternative of a unit root«, *Journal of Econometrics* 54, 159–178.

Stock, D. und M. W. Watson (1993), »A simple estimator of cointegrating vectors in higher order integrated systems«, *Econometrica* 61, 783–820.

Statistisches Bundesamt (versch. Jahrgänge), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*, Fachserie 18, Reihe 1.3, Wiesbaden.

Die deutsche Software- und Dienstleistungsbranche muss sich weiter gedulden: Nach den Höhenflügen vergangener Jahre schrumpften 2002 erstmals die Umsätze für Software, informationstechnische Dienstleistungen und Hardware (nach Einschätzung des Branchenverbandes BITKOM) um 4,6%, das nominale Umsatzvolumen betrug 2002 68,2 Mrd. €. Schon 2001 blieben die Umsätze lediglich auf Vorjahresniveau. An der schwerpunktmäßig im April und Mai 2003 durchgeführten 33. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen haben insgesamt 290 Unternehmen einen auswertbaren Fragebogen zurückgeschickt, 161 Testteilnehmer haben an der Online-Befragung über das Internet teilgenommen. Die insgesamt einbezogenen Betriebe erwirtschafteten im vergangenen Jahr einen Umsatz von 14,2 Mrd. €. Gemessen am geschätzten Gesamtumsatz nach Detecon repräsentieren die Erhebungsergebnisse damit knapp ein Drittel des deutschen Marktes für Software und DV-Dienstleistungen.¹

... aber Hoffnungsschimmer im Sommerhalbjahr 2003

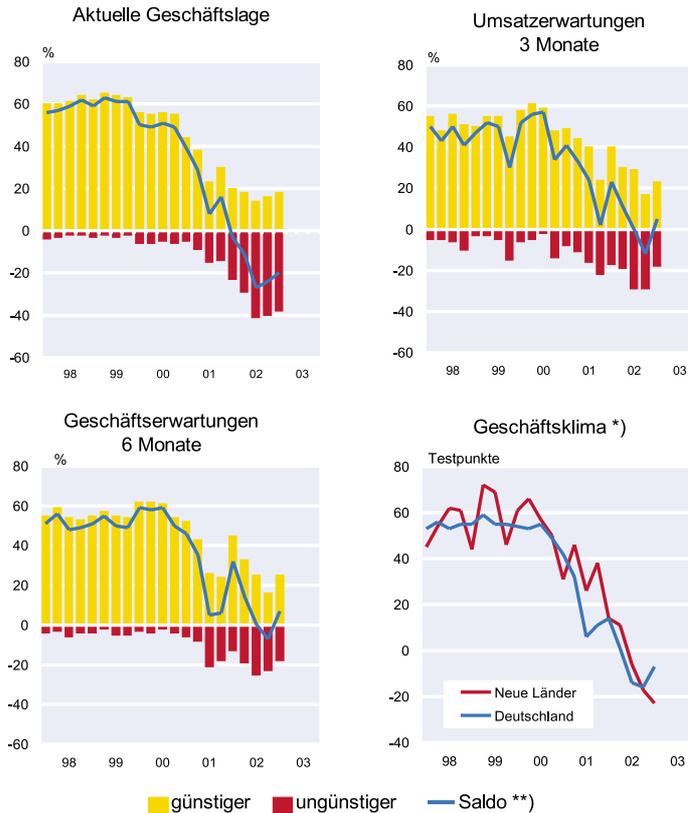
Die schwache deutsche Konjunktur hat auch in der Software- und DV-Dienstleistungsbranche ihre Spuren hinterlassen. Bereits seit drei Jahren ist das Geschäftsklima – mit Ausnahme der Wintermonate 2001/2002 – abwärts gerichtet, im vierten Quartal 2002 erreichte der Indikator ein neues historisches Tief. Inzwischen gibt es aber erste Anzeichen, dass sich eine Trendumkehr bei den DV-Dienstleistern abzeichnen könnte. Das Geschäftsklima hat sich erstmals seit einem Jahr wieder leicht verbessert, die Stimmung erscheint aber nach wie vor als unterkühlt (vgl. Abb. 1). Noch beruht die Stimmungsverbesserung in erster Linie auf dem Prinzip Hoffnung, die Skepsis in den Geschäftserwartungen wurde lediglich von verhaltenem Optimismus abgelöst (per saldo + 7%). Die aktuelle Geschäftslage hat sich zwar zum zweiten Mal etwas erholt, von einem zufriedenstellenden Niveau konnte jedoch nach wie vor bei weitem nicht gesprochen werden. Die Urteile verbesserten sich von per saldo – 27% im dritten Quartal 2002 auf – 24% im vierten Quartal und auf – 20% im ersten Vierteljahr 2003. Im Einzelnen bezeichneten 18% der Unternehmen den Geschäftsverlauf in den ersten drei Monaten des Jahres als günstig, 44% kreuzten befriedigend an, aber nach wie vor rund zwei Fünftel der Testteilnehmer empfanden ihre derzeitige Situation als schlecht. Binnen Jahresfrist hat sich der Anteil der negativen Geschäftslageurteile fast verdreifacht, binnen zwei Jahren so-

gar verachtfacht. Jeder vierte Testteilnehmer erwartete im Sommerhalbjahr einen günstigen Geschäftsverlauf, aber immerhin noch 18% sehen der künftigen Entwicklung mit Sorge entgegen. Um jedoch von einem eindeutigen Hinweis auf eine Trendwende sprechen zu können, müssen sich nach langjährigen ifo-Erfahrungen die Zukunftseinschätzungen der Unternehmen mindestens dreimal hintereinander verbessern.

Das erste Quartal 2003 ist für die deutsche Software- und DV-Dienstleistungsbranche alles andere als gut verlaufen. Zwar sind die ersten drei Monate des Jahres traditionell umsatzschwach, doch blieben diesmal die Ergebnisse (mit per saldo – 33%) noch deutlicher hinter dem entsprechenden Vorjahreswert zurück (per saldo – 14%). Positiv ist immerhin zu sehen, dass sich der Abwärtstrend seit den Herbstmonaten nicht weiter beschleunigte, eine Bodenbildung scheint sich anzudeuten. Der Auftragseingang schwächte sich von Januar bis März nochmals deutlich ab (mit per saldo – 27%), jedes dritte Unternehmen musste ein Umsatzminus hinnehmen. Mit den Auftragsbeständen waren die befragten Unternehmen in etwa gleichem Maße unzufrieden wie zuvor, sie wurden von mehr als der Hälfte der Unternehmen als zu klein angesehen. Dennoch macht sich die Branche Mut, die Umsatzerwartungen für die nahe Zukunft zeigen wieder verhalten nach oben. Zwar erwartet die

¹ Der nominale Umsatz im deutschen Software- und Servicesmarkt betrug (nach Detecon, nach einer Neuberechnung, unveröffentlichte Ergebnisse) 2002: 43,8 Mrd. €.

Abb. 1
DV-Dienstleister: Talsohle in Sichtweite?
 1. Berichtsquartal 2003



*) Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.
 **) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2003.

Mehrzahl der Testteilnehmer (59%) eine unveränderte Umsatzentwicklung, 23% rechnen mit höheren Umsätzen, 18% befürchten allerdings, dass es weiter bergab geht. Auch für den Branchenverband BITKOM geht die Durststrecke noch weiter, für das laufende Jahr ist bei der Umsatzentwicklung allenfalls nur mit einer »schwarzen Null« zu rechnen (o.V. 2003).

Sehr differenziert ist nach wie vor die Entwicklung nach Größenklassen: Nach dem deutlichen Stimmungseinbruch bei den großen Dienstleistungsanbietern (ab 50 Mill. € Umsatz) zum Jahresende 2002 gaben die Geschäftslageurteile in den ersten drei Monaten des Jahres 2003 weniger Anlass zur Unzufriedenheit. Nachfrage, Umsätze und Auftragsreserven gingen zwar noch deutlich zurück, für die nächste Zukunft rechneten die Betriebe aber wieder eher mit einer Belebung. Auch bei den Umsatzerwartungen zeichnet sich ein Erreichen der Talsohle ab, per saldo überwogen nun wieder die positiven Meldungen. Bei den kleineren Unternehmen der Branche hat sich dagegen der bisherige Trend fortgesetzt, die Umsätze blieben beim weit überwiegenden Teil der Unternehmen unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Mit weiteren Umsatzeinbußen ist zu rechnen, die Stimmung bleibt trüb.

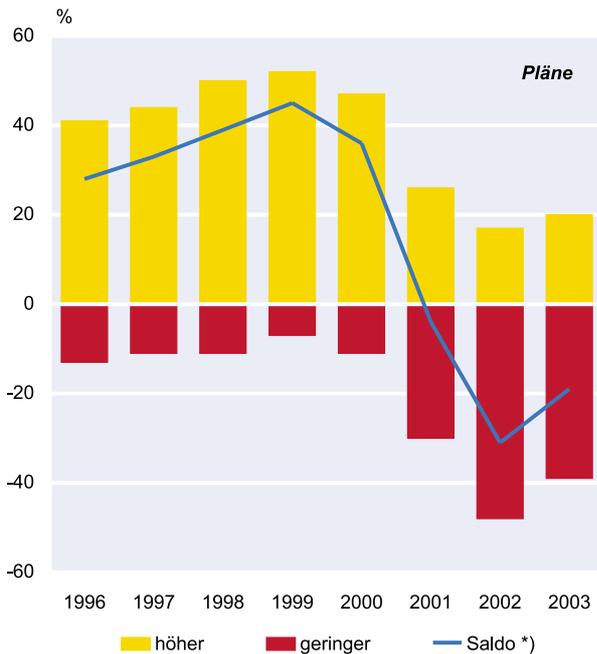
Bei den ostdeutschen DV-Dienstleistern hat die Enttäuschung über die aktuelle Geschäftslage kräftig zugenommen, fast jedes zweite Unternehmen berichtete über eine schlechte Lage. Dennoch erhoffte man sich für die nächsten sechs Monate eine Wende zum Besseren, die optimistischen Stimmen gewannen nun wieder leicht die Oberhand. Die Nachfrage brach im ersten Quartal regelrecht ein, die Auftragsreserven wurden spürbar abgebaut, per saldo 44% der Unternehmen (im Vergleich zum Vorjahresquartal) berichteten über Umsatzeinbußen. Die negative Umsatzentwicklung wird sich zunächst fortsetzen, die Umsatzerwartungen zeigen aber in geringerem Umfang nach unten als zuvor.

Mittelfristige Wachstumsperspektiven bleiben günstig

Auch wenn die Anbieter von Software und informationstechnischen Dienstleistungen bislang in ihrer tiefsten Krise stecken, brauchen sich die Unternehmen über ihre längerfristigen Wachstumsaussichten kaum Sorgen zu machen. Die Branche rechnet mit besseren Zeiten: Drei von vier DV-Dienstleistern – und damit abermals etwas weniger als zuvor – planen eine Ausweitung der Geschäfte in den nächsten drei bis fünf Jahren. Drei Jahre zuvor erwarteten noch fast 90% der Unternehmen eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit, seitdem sind sie von Jahr zu Jahr vorsichtiger geworden. Mehr Chancen werden dabei offenbar eher auf den Auslandsmärkten, weniger dagegen auf dem heimischen Markt gesehen. 38% der Testteilnehmer (1. Quartal 2002: 44%) planen eine Ausweitung im Inland, knapp zwei Fünftel (36%) auf Märkte der Europäischen Union, und 18% (15%) der Testteilnehmer erwägen eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit außerhalb der EU. Nicht nur die großen Dienstleistungsanbieter auch die kleineren Unternehmen sehen weiterhin ihre Wachstumschancen auf den Auslandsmärkten, überwiegend jedoch auf Märkten innerhalb der Europäischen Union.

Die Wettbewerbsintensität wird von der Mehrheit der Testteilnehmer nach wie vor als außerordentlich hoch empfunden: Gut 60% der DV-Dienstleistungsunternehmen bezeichneten den Wettbewerb auf den heimischen Absatzmärkten als »sehr stark«, rund ein Drittel registrierte einen

Abb. 2
DV-Dienstleister: Nachlassende Investitionsschwäche



*) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

großen Wettbewerbsdruck auch innerhalb der Länder der Europäischen Union. Gegenüber der Erhebung vor einem Jahr ist kaum eine Entspannung zu bemerken. Größere Unternehmen spüren den Wettbewerbsdruck offenbar stärker als kleinere Betriebe, sie haben aber trotzdem in der Regel die besseren Wettbewerbschancen. Insbesondere auf den Auslandsmärkten scheint der Wettbewerbsdruck bei den größeren Software-Anbietern stark zuzunehmen.

Investitionsrückgang schwächt sich ab

Die Besorgnis erregende Investitionsschwäche hielt in Deutschland bis zuletzt an. Im vergangenen Jahr reduzierten sich die Ausgaben für Ausrüstungsgüter und sonstige Anlagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nominal um 7,9%, nach 4,3% in 2001.² Auch im ersten Quartal 2003 des laufenden Jahres lagen sie weiter im negativen Bereich. Diese Entwicklung machte auch bei den deutschen Software- und DV-Dienstleistungsunternehmen nicht halt. Schon vor drei Jah-

² Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 3, Wiesbaden 2003.

ren zeigten sich hier bei den Investitionsplanungen erste Anzeichen, dass die Unternehmen weniger für Software und DV-Dienstleistungen ausgeben wollten. Vor zwei Jahren kam das Investitionswachstum erstmals seit Einführung der Konjunkturumfrage (1995) zum Stillstand, 2002 sanken die Investitionen bereits recht deutlich. Der Rückgang erstreckte sich auf alle DV-Sparten, am markantesten war die Zurückhaltung bei den großen Unternehmen. Auch im laufenden Jahr wird die negative Grundtendenz bei den Investitionen anhalten, der Rückgang dürfte sich aber nach Ansicht der Testteilnehmer eher verlangsamen. Per saldo jeder fünfte Betrieb rechnet für 2003 mit sinkenden Investitionen, vor Jahresfrist betrug der entsprechende Saldo noch 31%. Die ausbildungs- und schulungsorientierten³ Unternehmen sowie die Sparte Processing und Network Services⁴ werden wohl überdurchschnittlich wenig in neue Technologien investieren (vgl. Abb. 2).

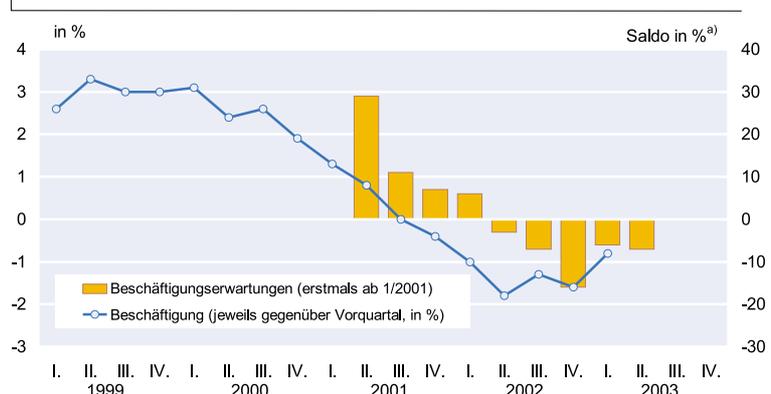
Beschäftigungsabbau verlangsamt sich

Nach den deutlichen Rückgängen bei Auftragseingang, Umsatz und Gewinn gehen in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche in beträchtlichem Umfang Arbeitsplätze verloren: Bereits zum sechsten Mal in Folge schrumpfte die Zahl der Beschäftigten. Positiv ist aber zu sehen, dass sich der Personalabbau verlangsamte. Nach den Befragungsergebnissen reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten im Berichtszeitraum um $\frac{3}{4}\%$ (4. Quartal 2002: $-1\frac{1}{2}\%$, 3. Quartal 2002: $-1\frac{1}{4}\%$). Vom Personalabbau am stärksten betroffen waren nach wie vor die Mitarbeiter bei den mittleren Dienstleistungsunternehmen (10 bis 25 Mill. € Umsatz). Hier verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um 3% nach $3\frac{1}{2}\%$ im Jahresschlussquartal 2002. Ähnlich mar-

³ Kostenpflichtige Schulungs- und Trainingsleistungen, die im Hause des Anbieters, beim Kunden oder bei Dritten erbracht werden, und die dazu benötigten Schulungsunterlagen.

⁴ Leasing oder Vermietung von Rechenzeit, Mehrwertdienste, Datenfernübertragungs- und Datenfernverarbeitungsdienste, Datenerfassung.

Abb. 3
DV-Dienstleister: Beschäftigungsabbau verlangsamt sich



a) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2003.

kant war der Beschäftigungsrückgang bei den ostdeutschen Betrieben. Nach den zweistelligen Beschäftigungszuwächsen in den Boomjahren 1998 bis 2000 gingen im vergangenen Jahr rund 20 000 Arbeitsplätze verloren. Auch die Perspektiven für die nächste Zeit waren von Vorsicht geprägt, der leichte Beschäftigtenabbau dürfte in nahezu unverändertem Umfang weitergehen. Zwei von drei DV-Dienstleistern wollen in der nahen Zukunft ihre Personalkapazität in etwa halten, 13% erwarten sogar ein Plus, dem stehen aber 20% der Unternehmen gegenüber, die wohl Personal entlassen müssen (vgl. Abb. 3).

Auftragsmangel kaum weniger akut

Nach wie vor berichteten fast drei von vier DV-Unternehmen über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Die Abbildung 4 zeigt deutlich, wie stark sich die Problemlagen seit 2000 verschoben haben. Vor zwei Jahren stand der Fachkräftemangel an der Spitze, heute ist es die unzureichende Nachfrage. Schwach gefüllte Auftragsbücher stehen mit 62% der Nennungen unangefochten an erster Stelle, allenfalls ist nur eine marginale Besserung wahrzunehmen (3. Quartal 2002: 66%, 4. Quartal 2002: 64%). Die Anzeichen einer schwierigen Auftragslage zeichneten sich bereits zum Jahrtausendwechsel ab, binnen drei Jahren hat sich der Nachfragemangel mehr als versiebenfacht. Auch in den neuen Bundesländern ist eine leichte Entspannung zu vermerken, sie waren aber nach wie vor etwas häufiger (mit 65%) davon betroffen als die westdeutschen Unternehmen. Der kon-

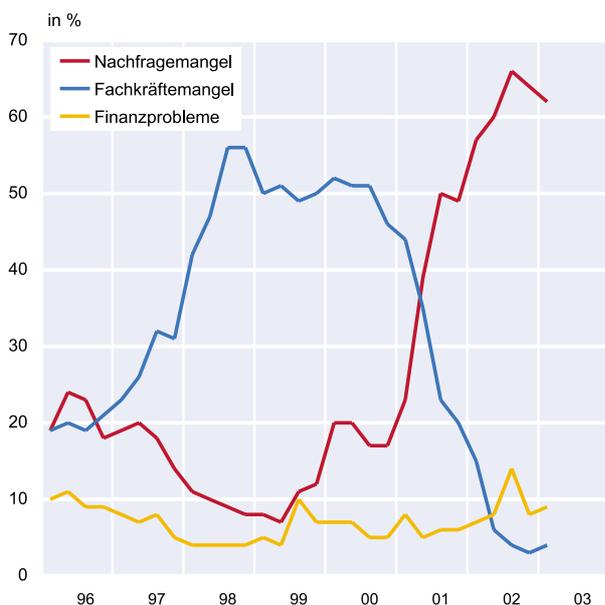
junkturale Abschwung hat den Fachkräftemangel von Softwareexperten fast vergessen lassen, nur noch vereinzelt waren diese Klagen zu hören (4%). Unterschiede zwischen West und Ost sind nicht mehr auszumachen, auch in den neuen Ländern ist Fachkräftemangel so gut wie kein Thema mehr. Auch Finanzierungsschwierigkeiten kamen mit 9% der Nennungen weiterhin nur relativ wenig zur Geltung, sind aber – nach Ansicht der Testteilnehmer – offenbar in den neuen Bundesländern spürbar angestiegen. Auch stellen sie nur bei den kleineren DV-Dienstleistungen (mit 14% der Nennungen) ein Problem dar. Sie werden hervorgerufen durch eine spürbare Kreditzurückhaltung der Geschäftsbanken und Sparkassen sowie mangelndes Venture Capital. Nachdem zuvor kaum noch Unterschiede zwischen Ost und West auszuweisen waren, berichtete nun fast jedes vierte ostdeutsche Unternehmen über Finanzierungsprobleme.

Verhaltener Optimismus lediglich bei Consulting und Projekt-Services sowie im Bereich System/ Network Operation

Bei den Herstellern von Standard-, Anwender- und Systemsoftware sowie bei den Beratungsdienstleistungen (Consulting und Projekt-Services⁵) hat sich an der wenig zufriedenstellenden Geschäftslage kaum etwas verändert, in Bezug auf die Entwicklung im kommenden halben Jahr kam aber wieder vorsichtiger Optimismus auf. Dieser Bereich stellt mit einem Anteil von 61% nach wie vor das größte Marktsegment dar. Bei verstärkt rückläufigem Orderzugang schätzten die Testteilnehmer ihre Auftragsreserven (mit 56%) unverändert als zu klein ein. Die Umsätze blieben den Firmenmeldungen zufolge (mit per saldo – 38%) abermals deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Die Umsatzerwartungen haben sich eher verbessert, dennoch hielten sich positive und negative Stimmen lediglich die Waage. Die Mehrzahl der Testteilnehmer hofft auf eine gleichbleibende Umsatzentwicklung. Der Stellenabbau dürfte sich zwar im Berichtszeitraum verlangsamt haben (– 1/2% gegenüber – 1 1/2% im 4. Quartal 2002), ein Ende ist aber derzeit nicht absehbar.

Im Bereich System-/Network Operation⁶ (Facilities Management, Outsourcing) hat sich das Geschäftsklima erneut aufgehellt. Ausschlaggebend hierfür war, dass die Unternehmen der kommenden Entwicklung wieder mit Zuversicht entgegensehen, die Unzufriedenheit mit der aktuellen Geschäftslage hat dagegen zugenommen. Auftragseingänge und Umsätze rutschten deutlich ins Minus, zwei von drei Unternehmen klagten im ersten Quartal über zu niedrige Auftragsreserven. Die Umsatzerwartungen waren eher von Sor-

Abb. 4
Behinderungen der Geschäftstätigkeit:
Auftragsmangel kaum weniger akut



Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2003.

⁵ Beratung und Unterstützung bei der Beschaffung von Hard- und Software, Technologie und Systemberatung, Beratung über Systemsicherheit, Entwicklung von Standard-, Anwender- und Systemsoftware, Systemanalyse und Programmierung, Systemintegration.

⁶ Dienstleistungen zur Übernahme von DV-Aufgaben für andere Unternehmen.

Berichtszeitraum: 1. Quartal 2003

ifo Konjunkturspiegel für DV-Dienstleistungen

Bereich	Beurteilung und Entwicklung im Berichtsquartal										Erwartungen														
	Geschäftslage Beurteilung	Umsatz geg. Vorquartal	Umsatz geg. Vorjahresquartal	Auftragszugang geg. Vorquartal	Auftragsvolumen Beurteilung	Beschäftigte geg. Vorquartal in %	Behinderung der Geschäftstätigkeit				Umsatz im nächsten Quartal	Geschäftsentwickl. für 2 Quartale													
Erläuterungen: Die Gesamtlänge jedes Feldes entspricht 100 % der Antworten der meldenden Firmen. Die Unterteilung gibt die unterschiedliche Häufigkeit der Antworten wieder (Firmenmeldungen in %).																									
											steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger									
DV-Dienstleistungen insgesamt	gut	befriedigend bzw. saisonüblich	schlecht	höher	etwa gleich	geringer	höher	etwa gleich	geringer	gestiegen	gleichgeblieben	gesunken	verhältnismäßig groß, ausreichend bzw. nicht überhöht	zu klein	-0.8	62	4	9	6	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger
Consulting + Projekt-Services															-0.5	64	4	5	3	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger
System-/Network Operation															1.0	56	1	4	3	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger
Processing und Network Services															-1.2	57	1	4	4	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger
Environmental Services															-1.1	64	2	6	4	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger
Wartung															-0.9	54	1	5	3	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger
Ausbildung und Schulung															-2.5	61	1	4	9	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	geringer	etwa gleich	ungünstiger

ge geprägt, erstmals überwogen (mit per saldo – 4%) sogar leicht die negativen Stimmen.

In der Sparte Processing und Network Services gewannen die negativen Geschäftslageurteile in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres erheblich an Gewicht. Die Nachfrage war äußerst schwach, per saldo jedes zweite Unternehmen dürfte die vergleichbaren Vorjahresumsätze verfehlt haben. Die Auftragsbestände schmolzen, die Auftragsreserven wurden vermehrt als zu klein angesehen. Hinsichtlich der allgemeinen Geschäftsperspektiven ist die Skepsis zwar nahezu abgeklungen, dies hat sich aber noch nicht auf die Umsatzerwartungen niedergeschlagen. Die Umsatzpläne zeigten sogar vermehrt nach unten.

Die ohnehin sehr unbefriedigende Geschäftslage in der Sparte Environmental Services⁷ hat sich nach der vorübergehenden Besserung im Vorquartal wieder verschlechtert (per saldo – 37%). Der Pessimismus in den Geschäftserwartungen ist aber fast gewichen. Der Nachfragerückgang hat sich offenbar weiter verlangsamt, die Umsätze blieben aber noch deutlicher unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Per saldo 45% der Testteilnehmer mussten einen Umsatzrückgang hinnehmen. Mit weiteren Umsatzrückgängen wird aber nicht mehr gerechnet, optimistische und pessimistische Stimmen hielten sich die Waage.

Bei den Wartungsdienstleistern⁸ hat sich – trotz schwacher Nachfrage und kräftigen Umsatzeinbußen – an der unbefriedigenden Geschäftslage so gut wie nichts verändert (per

saldo – 10%), hinsichtlich der Entwicklung im kommenden halben Jahr äußerten sich die Unternehmen jedoch kaum noch skeptisch. Mehr Anlass zur Kritik boten dagegen die Auftragsreserven, die Umsätze dürften – den Meldungen nach zu schließen – auch in der nächsten Zeit noch zurückgehen.

Als verbessert, aber keineswegs befriedigend wurde die aktuelle Geschäftslage bei den ausbildungs- und schulungsorientierten Dienstleistern bewertet. Die Nachfrage zeigte offenbar geringere Schwächen als zuvor, dennoch mussten noch deutlichere Umsatzeinbußen hingenommen werden. Die Vorjahresumsätze wurden von jedem zweiten Unternehmen verfehlt. In den Geschäftserwartungen kam aber kaum noch Skepsis zum Ausdruck, Hoffnungsschimmer keimte auch wieder bei den Umsatzerwartungen auf. Der Personalabbau dürfte sich fortsetzen.

Literatur

O.V. (2003), »Der IT-Industrie bleibt nur die Hoffnung«, *Handelsblatt* vom 12. März, 11.

⁷ Dienstleister, die die Unternehmen zur Unterstützung im DV-Bereich engagieren können, wie z.B. Kundenunterstützung beim Betrieb und bei der Produktion, Software-Installation, Umzug und Installation von DV-Equipment, Bereitstellung von Vorsorge-Dienstleistungen.

⁸ Kostenpflichtige Wartungsdienstleistungen für DV-Equipment, wie z.B. Reparatur, Installation, Abbau, vorbeugende Wartung.

Weltwirtschaftsklima günstiger nach dem Kriegsende im Irak

Ergebnisse des 80. World Economic Survey (WES) vom April 2003¹

19

Gernot Nerb und Anna Stangl*

Die Zeitspanne des Rücklaufs der Fragebögen war von sich überschlagenden Ereignissen auf der geopolitischen Szene gekennzeichnet. Daher ist eine differenzierte Betrachtung der Umfrageergebnisse notwendig. Während die erste Aprilhälfte von der Eskalation des Irak-Konflikts und wirtschaftspolitischer Unsicherheit geprägt war, zeichnete sich bereits in der zweiten Aprilhälfte ein rasches Kriegsende ab. Die Urteile der WES-Teilnehmer, die nach dem Sturz der Saddam-Regierung eingingen (nach dem 9. April), zeugen von einem deutlich besseren Wirtschaftsklima (86,8 Punkte) als die Urteile, die vor dem Ende der Kriegshandlungen abgegeben wurden (79,6 Punkte). In Tabelle 1 sind die Umfrageergebnisse getrennt nach diesen beiden Terminen ausgewiesen; die übrigen Tabellen und Graphiken basieren auf den Ergebnissen für den gesamten April.

Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

- Die aktuelle Weltwirtschaftslage wurde nicht besser eingeschätzt.
- Dagegen haben sich die Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten verbessert.
- Keine Beschleunigung des Inflationstrends für 2003 erwartet.
- Die WES-Experten sehen zwar noch Spielraum für weitere Zinssenkungen, der allerdings ihrer Einschätzung nach sehr klein geworden ist.
- Der Euro erscheint etwas überbewertet.
- Die WES-Experten zeigen sich skeptisch hinsichtlich der neuen Handelsregelungen zur Abwendung der Gefahr durch Terroranschläge.

Weltwirtschaftsklima: leichte Verbesserung des Klimaindikatoren Ende April

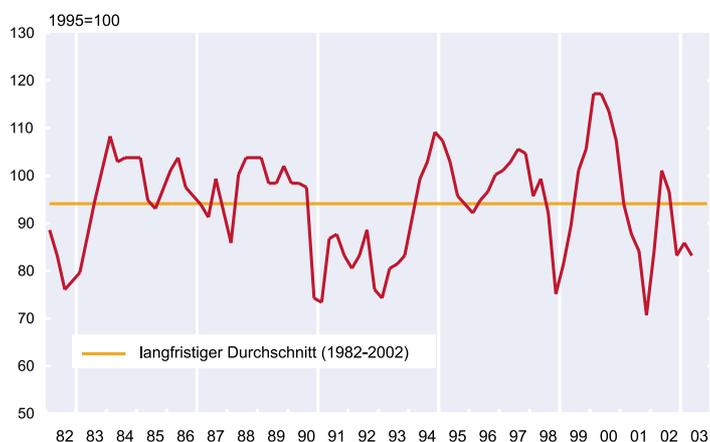
Betrachtet man nur die Umfrageergebnisse aus der zweiten Aprilhälfte, so setzte sich die Aufwärtsbewegung des Gesamtindikators (arithmetischer Durchschnitt aus den Urteilen zu der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Erwartungen für die nächsten sechs Monate), die im Januar ansetzte, auch im April fort. Der leichte Anstieg des Gesamtindikators resultiert ausschließlich aus den zuverlässigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Urteile der WES-Experten zur aktuellen wirtschaftlichen Lage bleiben demgegenüber unverändert.

Während sich die Aussichten für eine Erholung der Weltwirtschaft mit der raschen Beilegung des Irak-Krieges deutlich verbessert haben, ist mit der schweren Lun-

* Unter Mitarbeit von Olga Ronenko und mit Beiträgen von Wolfgang Nierhaus.

¹ Im April 2003 hat das ifo Institut zum 80. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey«, kurz WES, bei 1043 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 88 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

Abb. 1
ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2003.

Tab. 1
Bewertungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und der wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten 6 Monate vor und nach dem Kriegsende im Irak

LÄNDERGRUPPEN	Gegenwärtige wirtschaftl. Lage		Erwartungen für die nächsten 6 Monate		LÄNDERGRUPPEN	Gegenwärtige wirtschaftl. Lage		Erwartungen für die nächsten 6 Monate		LÄNDERGRUPPEN	Gegenwärtige wirtschaftl. Lage		Erwartungen für die nächsten 6 Monate	
	A	B	A	B		A	B	A	B		A	B	A	B
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	3,7	3,6	6,0	5,3		4,3	4,7	5,0	6,2		4,3	3,5	6,6	6,1
WESTEUROPA	3,0	3,0	6,4	5,3	MITTEL- u. OSTEUROPA	1,0	-	5,0	-	MITTEL- u. LATINAMERIKA	1,4	1,0	6,8	6,3
BELGIEN	1,0	3,9	7,7	5,2	BOSNIEN-HERZEGOWINA	5,8	5,4	4,2	6,6	BOLIVIEN	1,0	2,3	5,0	5,0
DÄNEMARK	5,7	7,0	6,3	5,0	ESTLAND	-	7,9	-	5,2	BRASILIEN	5,0	5,3	7,2	7,7
DEUTSCHLAND	1,2	1,5	7,1	6,2	JUGOSLAWIEN	-	5,0	-	7,0	CHILE	5,7	5,0	5,7	7,7
FINNLAND	5,4	5,4	5,8	6,1	KROATIEN	4,4	3,0	5,6	4,0	COSTA RICA	3,0	5,0	3,0	1,0
FRANKREICH	3,0	2,2	6,8	6,3	LETTLAND	5,0	5,0	9,0	5,0	EL SALVADOR	5,0	-	5,0	-
GRIECHENLAND	4,5	4,3	5,0	4,3	LITAUEN	9,0	6,6	5,0	6,6	ECUADOR	3,0	2,6	3,0	5,0
GROSSBRITANNIEN	5,0	4,3	4,6	3,2	POLEN	2,6	2,3	4,5	7,7	KOLUMBIEN	1,8	4,4	5,8	6,1
IRLAND	5,0	5,5	6,3	4,0	RUMÄNIEN	5,0	5,0	7,0	8,1	MEXIKO	5,0	3,2	7,0	5,9
ISLAND	-	5,0	-	9,0	SLOWAKEI	5,6	5,6	6,1	7,9	PANAMA	1,0	5,0	9,0	5,0
ITALIEN	3,2	2,6	8,1	5,5	SLOWENIEN	5,0	6,0	7,0	6,0	PARAGUAY	1,0	5,0	5,0	5,0
LUXEMBURG	-	5,0	-	1,0	TSCHECHISCHE REP.	4,0	5,6	4,0	5,3	PERU	5,8	5,0	7,4	6,6
NIEDERLANDE	3,4	2,3	5,0	5,5	UNGARN	5,0	5,0	4,4	3,9	URUGUAY	1,0	3,0	5,0	9,0
NORWEGEN	3,0	5,0	5,0	3,0						VENEZUELA	1,0	1,0	5,0	3,5
ÖSTERREICH	3,0	3,2	6,3	5,9	ASIEN	3,9	3,9	4,8	4,5	NAHER OSTEN	5,2	5,7	6,2	5,2
PORTUGAL	1,8	2,3	7,0	5,7	BANGLADESCH	5,0	3,7	5,0	7,7	BAHRAIN	5,0	3,0	9,0	1,0
SCHWEDEN	4,3	4,1	5,7	4,7	CHINA V.R.	8,3	7,7	5,0	4,3	IRAN	3,0	9,0	3,0	5,0
SCHWEIZ	1,6	3,2	6,1	5,4	HONGKONG	1,0	2,3	5,8	5,0	ISRAEL	1,0	1,0	7,0	7,0
SPANIEN	5,0	3,9	5,3	5,8	INDIEN	5,7	6,0	7,0	7,0	JORDANIEN	1,0	5,0	5,0	5,0
ZYPERN	-	3,0	-	9,0	INDONESIEN	3,7	3,3	5,0	3,9	LIBANON	1,0	-	5,0	-
					JAPAN	2,3	1,7	3,8	4,5	SAUDI ARABIEN	9,0	8,2	5,0	6,6
NORDAMERIKA	4,0	3,6	6,7	6,1	KOREA	3,7	3,0	4,3	3,7	TÜRKEI	2,0	2,5	8,0	5,3
KANADA	7,0	6,7	6,0	4,3	MALAYSIA	5,6	5,0	4,4	5,4	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	8,0	7,7	7,0	2,3
USA	3,4	2,9	6,9	6,5	MONGOLEI	-	5,0	-	5,0					
					NEPAL	1,0	-	5,0	-					
OZEANIEN	7,3	7,1	4,3	3,2	PAKISTAN	5,6	5,6	7,3	5,6	AFRIKA	5,0	3,6	5,3	5,9
AUSTRALIEN	7,7	7,0	4,3	3,0	PHILIPPINEN	3,7	4,3	6,3	5,0	ALGERIEN	-	1,0	-	5,0
NEUSEELAND	5,8	7,5	4,2	4,0	SINGAPUR	3,0	4,0	5,0	5,0	ÄGYPTEN	1,0	2,1	6,3	3,3
					SRI LANKA	4,0	1,0	8,0	9,0	KENIA	2,0	3,7	7,0	7,7
GUS	6,9	5,4	7,1	5,7	TAIWAN R.O.C.	3,0	5,0	5,0	3,0	MAROKKO	-	3,0	-	7,0
KASACHSTAN	9,0	-	5,0	-	THAILAND	5,4	4,0	3,7	4,0	NIGERIA	-	2,3	-	7,7
RUSSLAND	7,0	5,5	7,0	5,5	VIETNAM	7,0	6,3	7,0	5,7	SIMBABWE	1,0	1,0	1,8	1,4
UKRAINE	5,0	5,0	9,0	7,0						SÜDAFRIKA	6,7	5,9	5,0	6,1
										TUNESIEN	-	5,0	-	5,0

WES Skala: 1 - schlecht/schlechter; 5 - befriedigend/unverändert; 9 - gut/besser

A: 425 Urteile, die nach dem Ende des Irak-Krieges abgegeben wurden (nach dem 15.04.03)

B: 618 Urteile, die vor dem Ende des Irak-Krieges abgegeben wurden (vor dem 15.04.03.)

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q2/2003.

genkrankheit SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) ein weiterer Unsicherheitsfaktor vor allem über die asiatischen Märkte hereingebrochen. Die Auswirkungen von SARS auf die Weltwirtschaft sind zwar noch schwer einzuschätzen, aber bereits jetzt wurden mehrere Bereiche der Wirtschaft (Luftverkehr, Tourismus u.a.) beeinträchtigt. Insbesondere die Experten aus den asiatischen Volkswirtschaften, die von SARS betroffen sind (z. B. Hongkong und China), haben die Wachstumserwartungen deutlich nach unten revidiert.

Die aktuellen Meldungen der Weltgesundheitsbehörde (WHO) geben jedoch Anlass zur Hoffnung, dass die Krankheit in den meisten Regionen unter Kontrolle ist und die weltweite Verbreitung des Virus somit unterbunden werden konnte. Insgesamt wird von den WES-Experten in der zweiten Jahreshälfte eine beginnende langsame Erholung der Weltwirtschaft erwartet.

Westeuropa: Wirtschaftsklima hellt sich langsam auf

Ende April hellten sich die Aussichten für eine Erholung der wirtschaftlichen Situation in Westeuropa angesichts einer günstigeren geopolitischen Lage deutlich auf. An der ungünstigen Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage hat sich nichts geändert.

Die günstigsten Urteile zur derzeitigen Situation gaben die WES-Experten aus *Dänemark* und *Finnland* ab. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deuten auf eine weiterhin positive Entwicklung hin. In *Norwegen* und *Schweden* wurde die gegenwärtige volkswirtschaftliche Lage dagegen als ungünstig beurteilt, und die Aussichten deuten auf keine Trendwende zum Besseren hin.

Innerhalb des Euroraums fielen nur noch in *Irland* und *Spanien* die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage befriedigend aus. Die wirtschaftliche Aktivität soll sich laut Einschätzungen der Experten im zweiten Halbjahr in etwa auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren.

In den übrigen Staaten des Euroraums, insbesondere in *Deutschland*, *Portugal*, *Frankreich* und *Italien*, fielen die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation überwiegend ungünstig aus, wobei nach dem Kriegsende im Irak die Wirtschaftslage etwas positiver bewertet wurde als in der ersten Aprilhälfte. Die Erwartungen sind nach dem Kriegsende deutlich nach oben gegangen.

Osteuropa: Das Wirtschaftsklima bleibt weiterhin stabil

Den Urteilen der osteuropäischen WES-Experten zufolge hat sich die aktuelle Wirtschaftslage gegenüber den Ergeb-

nissen der beiden letzten Umfragen vom Oktober 2002 und Januar 2003 weiterhin verbessert und kann nun allgemein als zufriedenstellend bezeichnet werden. Den Erwartungen der WES-Experten zufolge soll diese Entwicklung sich auch in der zweiten Jahreshälfte stabilisieren.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sowie die Aussichten für die nächsten sechs Monate sind besonders positiv in *Litauen*, *Estland* und der *Slowakei*. Auch in *Bulgarien* wurde die aktuelle Wirtschaftslage als ausgesprochen zufriedenstellend beurteilt.

In *Polen* und *Tschechien* bezeichnen dagegen die Experten die gegenwärtige Wirtschaftslage überwiegend als unbefriedigend; auch in den nächsten sechs Monaten zeichnet sich keine Erholung ab.

In den übrigen osteuropäischen Staaten herrscht ein zufriedenstellendes Wirtschaftsklima vor; die Aussichten für das kommende Halbjahr sind laut WES-Experten insgesamt positiv.

GUS: Günstiges Wirtschaftsklima

Besonderes günstige Meldungen kamen im April von den WES-Experten aus der GUS. Seit Anfang 2002 waren optimistische Prognosen stets vom kontinuierlichen Wachstum begleitet.

In *Russland* wurde vor allem in der zweiten Aprilhälfte sowohl die allgemeine Wirtschaftslage als auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate als ausgesprochen positiv beurteilt. Die gegenwärtige Situation soll sich – ausgehend von einem befriedigenden Niveau – in der *Ukraine* in den kommenden Monaten weiterhin verbessern und in Kasachstan auf dem derzeit zufriedenstellenden Niveau stabilisieren.

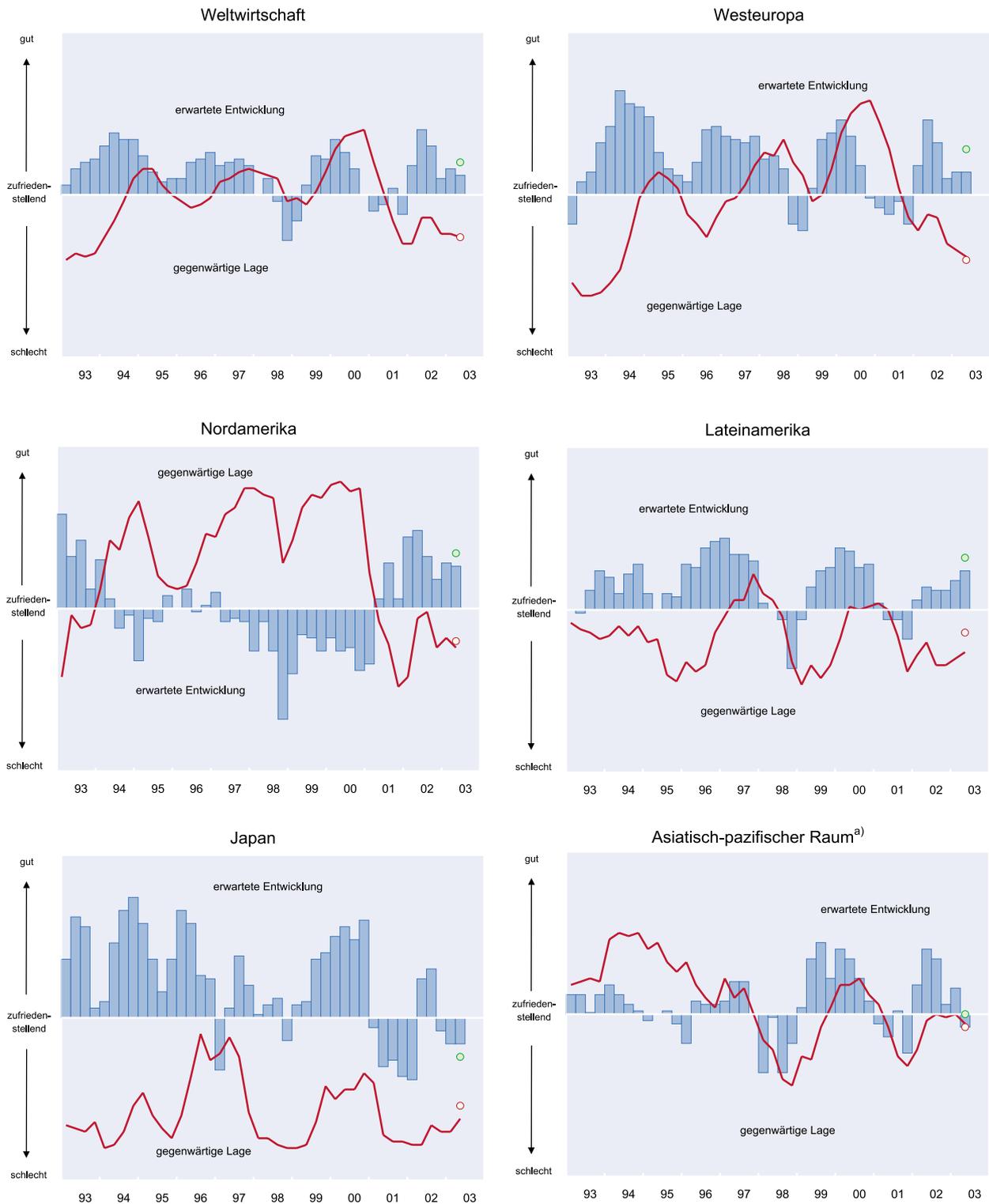
Nordamerika: leichte Verbesserung des Wirtschaftsklimas

Der schnelle Sieg der alliierten Streitkräfte unter der Führung der Amerikaner über das Saddam Hussein Regime zog die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deutlich nach oben. Auch die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage fiel in der zweiten Aprilhälfte deutlich besser aus als vor Kriegsende.

In den *USA* hat die konjunkturelle Erholung zwar noch nicht wirklich Tritt gefasst, was an der ungünstigen Beurteilung der gegenwärtigen Situation sichtbar wird, die Aussichten bleiben jedoch ausgesprochen optimistisch.

Ein wesentlich besseres Bild der konjunkturellen Entwicklung zeichnet sich nach den Angaben der WES-Teilnehmer

Abb. 2
Wirtschaftliche Lage



^{a)} Australien, Neuseeland, VR China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.
o Durchschnittlicher Wert der Urteile, die nach dem Ende des Irak-Krieges abgegeben wurden (nach dem 15.4.2003).

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

in *Kanada* ab; auch für die zweite Jahreshälfte ergeben sich dort hoffnungsvolle Wachstumsperspektiven.

Australien und Neuseeland: Stetiges Wachstum hält trotz gemäßigter Erwartungen an

In den letzten Jahren rechneten die WES-Experten mit einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in *Australien* und *Neuseeland*. Nichtsdestotrotz blieben die Urteile zur allgemeinen Wirtschaftslage über die letzten Jahre hinweg in beiden Ländern sehr positiv. Vermutlich resultiert ein großer Teil der Skepsis hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in erster Linie aus der allgemeinen Schwäche der Weltwirtschaft und somit möglicherweise aus der Befürchtung, dass die ungünstigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine negative Auswirkung auf die weltweite Nachfrage und demnach auf den Exportsektor und das Investitionsvolumen dieser Länder haben könnte.

Asien: Wirtschaftsklima hat sich verschlechtert

Auch im April 2003 bleiben die Einschätzungen der WES-Experten zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage unverändert auf einem wenig befriedigenden Niveau. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate haben sich Anfang April deutlich verschlechtert und hellten sich auch Ende April nur geringfügig auf. Das Ende der Kriegshandlungen im *Irak* haben diese Region anscheinend nur wenig berührt. In den konjunkturellen Prognosen hat sich vor allem die Unsicherheit, hervorgerufen durch die Lungenkrankheit SARS, niedergeschlagen. Dennoch bleibt Ostasien eine wirtschaftlich gesehen am stärksten wachsende Region weltweit.

China behält trotz des SARS-Problems die führende Position in Asien hinsichtlich der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage. Den Erwartungen der WES-Experten zufolge wird sich die Lage in den nächsten sechs Monaten stabilisieren. Einbrüche wegen SARS in bestimmten Sektoren und Regionen können durch starkes Wachstum in nicht betroffenen Industriestandorten sowie anderen Branchen kompensiert werden. Anders in *Hongkong*: die relativ geringe geographische Ausdehnung sowie die Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft wurde besonders stark von SARS in Mitleidenschaft gezogen. Die schwere Situation spiegelt sich in den Einschätzungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage wider, die Ende April auf dem niedrigsten Niveau in ganz Asien gesehen wurde. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deuten auf keine baldige Erholung hin, auch wenn die Einschätzungen, die Ende April abgegeben wurden, etwas positiver ausfielen als die zu Anfang April.

In *Japan* blieben die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage ebenso wie die Aussichten für das kommende halbe Jahr düster. Ähnlich ungünstige Urteile zur Verfassung der Volkswirtschaften kamen von den WES-Experten aus *Indonesien*, *Korea*, *Nepal*, *Singapur* und *Taiwan*. Auf den *Philippinen* und in *Sri Lanka* zeigte die augenblickliche Lage deutliche Schwächen; in den nächsten sechs Monaten ist nach dem WES-Expertenurteil aber eine Wende zum Besseren wahrscheinlich.

In *Indien*, *Pakistan* und *Vietnam* wird sich die derzeit günstige wirtschaftliche Entwicklung voraussichtlich auch im zweiten Halbjahr fortsetzen, in Thailand und Malaysia jedoch etwas abschwächen.

Südamerika: deutliche Aufhellung des Klimaindikatoren

Nachdem sich der Wirtschaftsklimaindikator zwischen Juli und Oktober 2002 kaum verändert hatte, kam es im Januar 2003 zu einem leichten Anstieg, der sich laut April Umfrage fortgesetzt hat. Die Urteile der WES-Experten fallen jedoch auch im April in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich aus. So wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in *Brasilien* von den WES-Teilnehmern als »zufriedenstellend« beurteilt. Die Erwartungen sind optimistisch. In *Chile*, *Peru*, *El Salvador* und *Mexiko* weisen die Erwartungen auf eine Stabilisierung der Ökonomien auf dem derzeit befriedigenden Niveau hin.

In *Argentinien*, *Kolumbien* und *Panama* ist laut Einschätzungen der WES-Experten die aktuelle Wirtschaftslage derzeit ungünstig, im Verlauf des kommenden Halbjahres wird jedoch mit einer Erholung gerechnet. In den übrigen südamerikanischen Staaten wird das Wirtschaftsklima als rau beurteilt, und die Aussichten für die nächsten sechs Monate verheißen kaum eine Aufhellung.

Naher Osten: Positivere Entwicklung erwartet im zweiten Halbjahr 2003

Die durchschnittliche Einschätzung der Wirtschaftslage im Nahen Osten bleibt auch im April auf dem »befriedigend«-Niveau. Die Erwartungen der WES-Teilnehmer für die Entwicklung der Wirtschaften in den nächsten sechs Monaten sind nach Kriegsende wesentlich optimistischer als während der Konflikteskalation.

Die Experten in den *Vereinten Arabischen Emiraten* und in *Saudi Arabien* beurteilten auch im April die gegenwärtige Wirtschaftslage als ausgesprochen günstig. In beiden Ländern, wie im *Nahen Osten* generell, soll die günstige kon-

junkturale Entwicklung in den nächsten sechs Monaten anhalten bzw. noch stärker anziehen.

Auch in *Bahrein* wird die aktuelle wirtschaftliche Situation als zufriedenstellend eingeschätzt. Die kurzfristigen Erwartungen haben sich nach dem Sturz des Saddam Hussein Regime zum Besseren gewendet.

In *Jordanien*, *Libanon* und *Iran* gehen die Experten nicht davon aus, dass sich die derzeit insgesamt ungünstig beurteilte wirtschaftliche Situation in den nächsten Monaten verbessern wird. In der *Türkei* und *Israel* dagegen sind die Experten optimistischer und erwarten eine deutliche Erholung der derzeit problematischen Wirtschaftslage.

Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in Afrika

Die durchschnittliche Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in den afrikanischen Ländern, die in der WES-Umfrage erfasst werden, hatte sich im Januar 2003 gegenüber der Umfrage vom Oktober 2002 verbessert und erreichte im April die »befriedigend«-Schwelle.

Positive Meldungen zur aktuellen Wirtschaftslage und der Entwicklung für die nächsten sechs Monate kommen vor allem aus *Südafrika*. Auch in *Tunesien* stellt sich die Konjunktur laut WES-Experten weiter günstig dar, die wirtschaftliche Lage gilt nun als insgesamt sehr befriedigend und soll sich in den nächsten sechs Monaten weiter stabilisieren.

In den anderen afrikanischen Staaten, welche in der WES-Umfrage erfasst werden, wird überwiegend ein düsteres Bild zur aktuellen Wirtschaftslage gezeichnet. Keine Trendwende der derzeit ungünstigen Entwicklung erwarten insbesondere die Teilnehmer in Algerien und in Simbabwe. Die Aussichten für eine Erholung der Volkswirtschaften hellten sich dagegen vor allem in Ägypten auf, aber auch in Kenia, Marokko und Nigeria soll sich nach Meinung der befragten Teilnehmer die gegenwärtig ungünstige Lage in nächster Zeit etwas bessern.

»Arbeitslosigkeit« und »mangelhafte Nachfrage« bleiben weltweit die meist genannten wirtschaftlichen Probleme

Arbeitslosigkeit bleibt immer noch weltweit das größte wirtschaftliche Problem. *Mangelhafte Nachfrage* rangiert im Durchschnitt der 88 Länder an zweiter Stelle.

Mangelhafte Nachfrage wurde von den WES-Teilnehmern als das wichtigste wirtschaftliche Problem der asiatischen Region gesehen. Besonders deutlich ist es in Hongkong her-

vorgetreten, verschärft durch den SARS-Ausbruch. In Japan und Singapur ist die *mangelhafte Nachfrage* vermutlich auf die allgemeine wirtschaftliche Schwäche zurückzuführen. Das Problem der *Arbeitslosigkeit* belastet in Asien vor allem die Ökonomien in China, Japan, Indonesien, Pakistan, Sri Lanka und Taiwan. An dritter Stelle rangiert in der asiatischen Region der *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung*. In Indonesien, Japan, Südkorea, Taiwan rückte das *Misstrauen in die Regierungspolitik* auf die erste Stelle und in Hongkong, Pakistan und Philippinen auf die zweite. In Vietnam und Malaysia wird der *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit* als das wichtigste wirtschaftliche Problem gesehen.

Im Durchschnitt der lateinamerikanischen Staaten sind die *Arbeitslosigkeit*, gefolgt vom *Kapitalmangel*, die meist genannten wirtschaftlichen Probleme der Region. *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung* hat seit Oktober 2002 an Bedeutung eingebüsst und rangiert im April an dritter Stelle. In fast allen lateinamerikanischen Ländern bereitet die *Arbeitslosigkeit* die größten Schwierigkeiten. Nur in Costa Rica, Ecuador und in etwas geringerem Grad in El Salvador und Paraguay betrachten die WES-Experten andere wirtschaftliche Probleme als bedeutender: insbesondere das *öffentliche Defizit und Auslandsschulden* (in Costa Rica), *mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit und der Kapitalmangel* (in Ecuador), *Handelshemmnisse von Exporten und öffentliche Defizite* (in Paraguay). Das *Misstrauen in die Regierungspolitik* ist nicht mehr ein so wichtiges Thema in Brasilien. Dies zeigt, dass die neue Lula-Regierung zunehmend öffentliches Vertrauen genießt. Anders in Venezuela – hier wurde *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung* von den WES-Teilnehmer am häufigsten genannt.

Arbeitslosigkeit ist immer noch eines der wichtigsten Probleme in den von WES-Experten erfassten afrikanischen Staaten mit Ausnahme in Simbabwe, wo in erster Linie die *Inflation* als ein akutes Problem angesehen wird. In Südafrika ist neben der *Arbeitslosigkeit*, der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* das zweitwichtigste Problem. In Kenia und Nigeria sind das *öffentliche Defizit*, die *Auslandsverschuldung* und der *Kapitalmangel* die größten Hindernisse zum wirtschaftlichen Wachstum.

Im Nahen Osten sind wirtschaftliche Probleme von Land zu Land sehr unterschiedlich. In der Türkei und in Israel machen der *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung* und *Arbeitslosigkeit* den Ökonomien am meisten zu schaffen. In Saudi Arabien und Bahrain ist dagegen der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* derzeit aktuell. In den Vereinigten Arabischen Emiraten scheint keines von den oben genannten Problemen zu bestehen.

In Westeuropa und in den USA bremst vor allem *mangelhafte Nachfrage* die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung. Sie

rangiert an erster Stelle in Österreich, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und in den USA und an zweiter Stelle in Deutschland, Italien und Spanien. Die Nummer 2 auf der Problemliste ist die *Arbeitslosigkeit*. Schwierigkeiten werden hierbei insbesondere in Finnland, Frankreich, Griechenland und Spanien gesehen: Unter allen europäischen Ländern taucht nur in Dänemark der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* auf.

In Osteuropa nahmen solche Probleme, wie der *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit*, *Kapitalmangel* und *Arbeitslosigkeit*, die ersten drei Ränge auf der Problemliste ein. Nur in Estland steht der *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* an erster Linie. Die *wirtschaftliche Politik der Regierung* scheint in allen osteuropäischen Ländern das Vertrauen der Bevölkerung zu genießen, außer in Lettland und in Jugoslawien.

Russische Experten messen dem *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit* der heimischen Industrie die größte Bedeutung zu. Der *Kapitalmangel* wurde von den WES-Experten auf den Rang 2 gesetzt. Dafür scheinen keine anderen ökonomischen Probleme die wirtschaftliche Entwicklung in Russland derzeit zu gefährden. In der Ukraine nahm die *Sorge um die öffentlichen Finanzen* etwas zu, welche mit dem *mangelnden Vertrauen in die Regierungspolitik* ganz vorne auf der Problemliste rangierten. In Kasachstan beeinträchtigen der *Mangel an Wettbewerbsfähigkeit*, *Kapital* und *qualifizierten Arbeitskräften* die wirtschaftliche Entwicklung.

In Schweden, Kanada und Australien wurde keinem der oben erwähnten Probleme eine hohe Bedeutung im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder beigemessen.

Zinssätze: Raum für weiteren Rückgang wird eng

Die Phase sinkender kurzfristiger Zinssätze ist zwar noch nicht vorbei, scheint sich aber ihrem Ende zu nähern. In *Nordamerika* – in *Kanada* noch ausgeprägter als in den *USA* – nahm der Anteil der WES-Experten zu, die im Laufe der nächsten sechs Monate sogar leicht steigende kurzfristige Zinsen erwarten.

In *Australien*, wo die Drei-Monats-Zinssätze deutlich höher sind als in den *USA* (4,75% verglichen mit 1,25%), schwächte sich der Zinsanstieg ab und dürfte in den nächsten Monaten auslaufen.

In *West- und Osteuropa* zeigt der Trend der kurzfristigen Zinsen weiter nach unten und dürfte in den nächsten Monaten trotz des bereits erreichten niedrigen Niveaus weiter anhalten. Vor allem die WES-Experten in *Portugal*, *Belgien* und *Deutschland* setzen auf eine weitere geldpolitische Locke-

rung seitens der Europäischen Zentralbank. In *Afrika*, vor allem in *Südafrika*, besteht nach Ansicht der befragten Experten weiterhin eine hohe Wahrscheinlichkeit für Zinssenkungen. In *Lateinamerika* scheint der Aufwärtstrend der kurzfristigen Zinsen auszulaufen.

Nur in wenigen lateinamerikanischen Ländern wie in *Mexiko*, *Kolumbien*, *Costa Rica* und *Paraguay* dürften die Zentralbankzinsen in den nächsten sechs Monaten weiter anziehen. In *Brasilien* und *Argentinien* werden die kurzfristigen Zinsen nach Ansicht der WES-Experten annähernd stabil bleiben oder sogar etwas zurückgehen.

Die mittlerweile sehr niedrigen langfristigen Zinsen werden nach Ansicht der WES-Experten kaum weiter zurückgehen, sondern im Gegenteil im Laufe der nächsten sechs Monate leicht nach oben tendieren. Ein bald beginnender Aufwärtstrend wird vor allem von WES-Experten in *Nordamerika* und *Australien*, aber auch in lateinamerikanischen Ländern, wie *Venezuela* und *Uruguay*, wie auch in asiatischen Ländern, wie den *Philippinen*, *Hongkong* und *Vietnam*, erwartet. In *Westeuropa* wird mit annähernd stabilen Kapitalmarktzinsen im nächsten Halbjahr gerechnet. Auf der anderen Seite dürfte der sinkende Zinstrend am Kapitalmarkt in Osteuropa wie auch im GUS-Raum sowie in asiatischen Ländern wie *Indien*, *Pakistan*, *Thailand* und *Sri Lanka* anhalten. Auch in den meisten afrikanischen Ländern, vor allem in *Südafrika*, ist der nach unten gerichtete Trend der Kapitalmarktzinsen offenbar noch ungebrochen; dies gilt auch für den Nahen Osten, insbesondere für *Israel*, *Jordanien*, *Bahrain* und die *Türkei*.

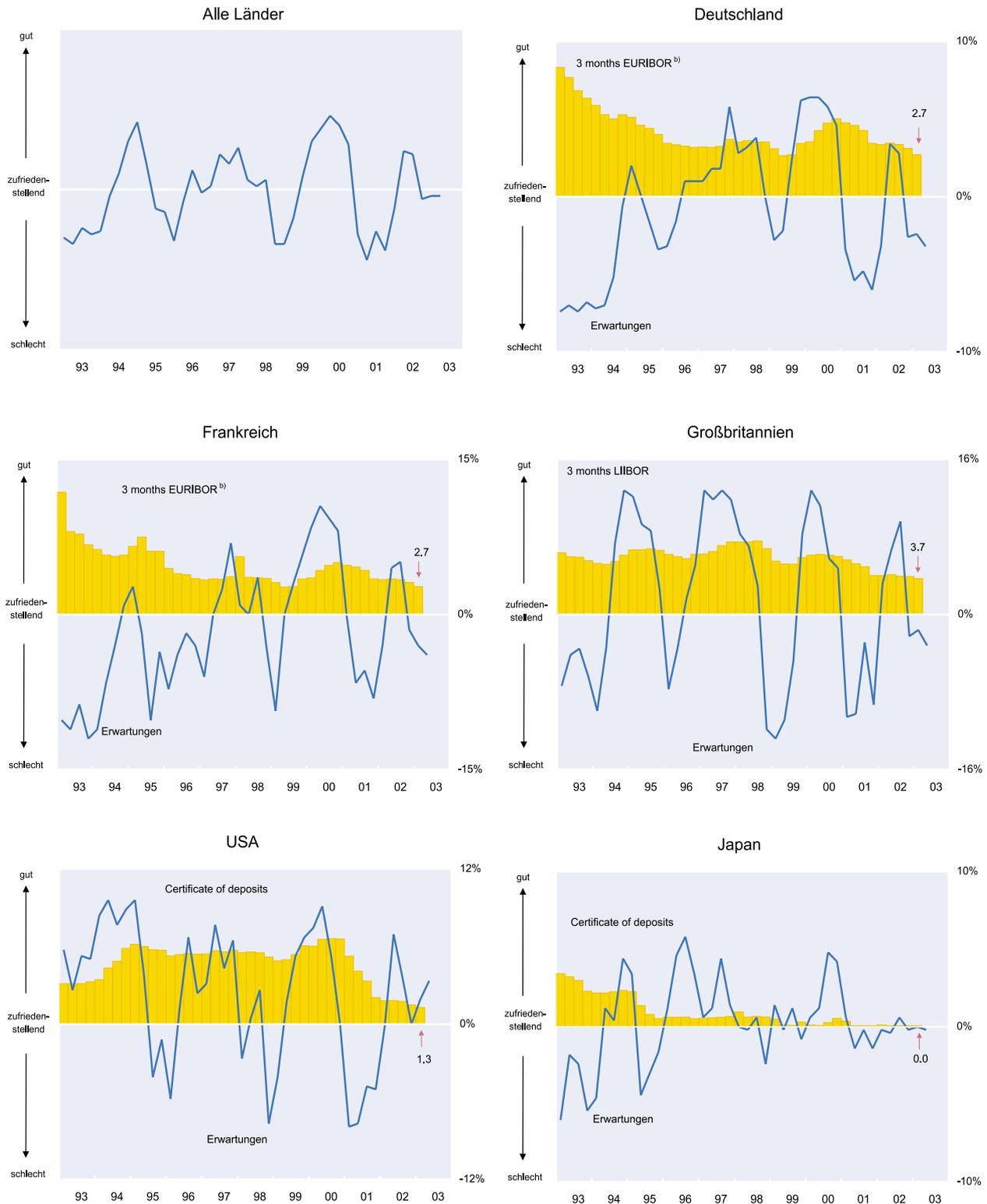
Euro erscheint überbewertet

Häufiger als in der vorangegangenen Erhebung wurde der Euro als überbewertet bezeichnet. Nachdem der Euro seit Abschluss der Erhebung (Ende April) weiter gestiegen ist, dürfte der Grad der von den WES-Experten empfundenen Überbewertung des Euro noch zugenommen haben. Das britische Pfund wird auch nach der bereits eingetretenen Abschwächung immer noch als überbewertet eingestuft, wenn auch weniger stark als in den vorangegangenen Erhebungen. Der US-Dollar erschien den WES-Experten im April nur noch geringfügig überteuert zu sein. Die Relation des Yen zu den anderen Leitwährungen gilt überwiegen als angemessen; die in den vorangegangenen Erhebungen konstatierte Unterbewertung des Yen ist damit weitgehend gewichen.

Der Euro wird nahezu überall als leicht überbewertet eingeschätzt, vor allem im GUS-Raum und im Nahen Osten. Der US-Dollar gilt immer noch als überbewertet gegenüber der eigenen Währung in *Kanada*, *Australien*, *Neuseeland* wie auch *Russland*, *Hongkong*, *Singapur*, *Costa Rica*, *Zypern* und *Estland*. Im Gegensatz dazu gilt die eigene Währung generell,

**Abb. 3
Kurzfristige Zinsen**

– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



^{a)} Quartalswerte. ^{b)} Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

d.h. nicht nur gegenüber dem US-Dollar als überbewertet in *Argentinien* und *Venezuela*; noch ausgeprägter ist diese Einstellung in *Simbabwe*, wo die wirtschaftliche Situation unter allen 88 in die Erhebung einbezogenen Ländern am ungünstigsten ist. Im Gegensatz dazu halten die WES-Experten aus dem GUS-Raum und aus einigen osteuropäischen Ländern wie z.B. *Estland*, ebenso wie Vertreter aus lateinamerikanischen Ländern wie *Brasilien*, *Chile*, *Kolumbien* und *Costa Rica* die Währung ihres eigenen Landes als generell unterbewertet. Diese Einschätzung wird auch geteilt von den WES-Experten aus *Südafrika* wie auch von anderen afrikanischen Ländern wie *Marokko* und *Nigeria*.

Unabhängig von ihrer fundamentalen Einschätzung der Währungsrelationen wurden die WES-Experten gefragt, mit welcher Entwicklung des US-Dollar sie in den nächsten sechs Monaten rechnen. Im Durchschnitt aller 88 Länder wird der US-Dollar als stabil eingeschätzt. Nach Ländern ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede: So wird ein weiteres Absinken des US-Dollar gegenüber den eigenen Währungen in *Kanada* und *Australien* erwartet. In *Westeuropa* wird nur mehr mit einer leichten Abschwächung des US-Dollar gegenüber der jeweiligen eigenen Währung gerechnet. In der Mehrheit der Länder, in *Südamerika* wie auch im *Nahen Osten*, in *Afrika*, im *GUS-Raum*, und auch in *Osteuropa* wird dagegen eine weitere Festigung des US-Dollar erwartet, obgleich er – wie angesprochen – in einer Reihe dieser Länder als fundamental überbewertet eingestuft wird.

Inflationaussichten unverändert moderat

Im weltweiten Durchschnitt wird ebenso wie zu Jahresanfang mit einem Anstieg der Verbraucherpreise im Jahre 2003 gegenüber dem Vorjahr um 3,2% gerechnet. Dies ist im langfristigen Durchschnitt ein sehr niedriger Wert und signalisiert zum einen, dass der Preisanstieg moderat bleiben wird und dass zum anderen eine Deflation nicht als wahrscheinlich ein-

geschätzt wird. Im Euroraum wird im laufenden Jahr mit einem Preisanstieg von 2,1% gerechnet, was geringfügig niedriger ist als die Schätzung zu Jahresanfang (2,2%). In jenen Euro-Mitgliedsländern, in denen die Preissteigerungsrate deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums liegt, wird nunmehr eine leichte Abschwächung der Inflationsrate für wahrscheinlich gehalten (in Irland nunmehr eine erwartete Inflationsrate in 2003 von 4,7% nach geschätzten 4,9% zu Jahresanfang, in Spanien 3,3% nach 3,4% und in den Niederlanden 2,5% nach ursprünglich erwarteten 2,7%). Das Euro-Mitgliedsland mit der niedrigsten Inflationsrate wird im Jahr 2003 Deutschland mit voraussichtlich 1,3% bleiben. Eine niedrigere Rate innerhalb Westeuropas wird nur in der Schweiz erwartet (0,9% nach 1% in der Januar-Erhebung).

Nach den neuesten WES-Ergebnissen liegen die Inflationserwartungen für 2003 in den *Vereinigten Staaten* mit 2,3% geringfügig höher als in der Januar-Erhebung (2,2%), bleiben aber klar innerhalb der Spanne, die von der Fed als normal erachtet wird (um die 2,5%).

Asien weist weiterhin das bei weitem höchste Niveau an Preisstabilität auf (1,4% verglichen mit 1,5% im Januar 2003). Deflationäre Trends überwiegen weiterhin in *Japan* (-0,5% in 2003 verglichen mit -0,8% in 2002) und *Hongkong* (-1,1% in 2003 verglichen mit -2,1% in 2002), jedoch zu einem geringeren Grad als im vorangegangenen Jahr.

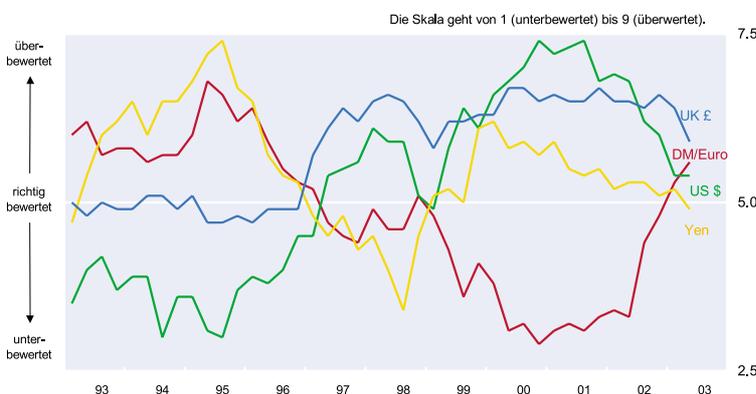
Während in *China* ein leichter Anstieg der Inflation 2003 erwartet wird (von 0,7% in 2002 auf schätzungsweise 1,3% in 2003), bleiben in *Taiwan* die Inflationserwartungen mit 0,7% auf dem Vorjahresniveau; dabei ist die Gefahr einer deflationären Kettenreaktion jedoch immer noch nicht vollkommen überwunden.

Die erwarteten Inflationsraten für Zentral- und Osteuropa sind weiter gesunken (4,3% im April verglichen mit 4,7% in der Januar Erhebung 2003 und 5,3% im letzten Jahr). Die einzigen Länder dieser Region, welche immer noch sehr hohe Inflationsraten aufweisen, sind *Jugoslawien* (9,2% werden dieses Jahr erwartet, im Vergleich zu 17,3% im letzten Jahr) und *Rumänien* (13,6% für dieses Jahr im Vergleich zu 21,2% im letzten Jahr).

In *Zentral- und Lateinamerika* sind die Inflationserwartungen insgesamt mit 10,7% im Vergleich zur Januar Erhebung (9,6%) etwas gestiegen. Nur ein paar Länder, insbesondere *Venezuela*, bewegen sich in entgegengesetzter Richtung: In *Venezuela* erwartet man nun Inflationsraten von 51,1% nach 45% am Anfang des Jahres und 34,5% im Jahr 2002.

Die Inflationaussichten (14,6%) für *Afrika* sind weniger besorgniserregend, als sie noch am Anfang des Jahres schienen (17,3%), aber trotzdem noch schlechter als im Jahr 2002 (11,9%). Dies ist hauptsächlich zurückzuführen

Abb. 4
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

Tab. 2

Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2003 (im Januar und April 2003)

	WES Q2/2003	WES Q1/2003		WES Q2/2003	WES Q1/2003
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	3,2	3,2	MITTEL- u. LATEINAMERIKA	10,7	9,6
EU-MITGLIEDER	2,2	2,2	ARGENTINIEN	23,1	25,8
EURORAUM	2,1	2,2	BOLIVIEN	4,3	4,3
WESTEUROPA	2,2	2,2	BRASILIEN	11,6	10,1
BELGIEN	1,8	1,7	CHILE	3,3	2,9
DÄNEMARK	2,5	2,5	COSTA RICA	11,5	9,5
DEUTSCHLAND	1,3	1,3	EL SALVADOR	3,0	2,7
FINNLAND	1,7	1,9	ECUADOR	8,2	9,0
FRANKREICH	2,0	1,9	GUATEMALA	-	12,0
GRIECHENLAND	3,8	3,4	KOLUMBIEN	6,7	6,4
GROSSBRITANNIEN	2,7	2,6	MEXIKO	4,9	4,9
IRLAND	4,7	4,9	PANAMA	1,1	1,6
ISLAND	2,0	2,3	PARAGUAY	18,7	17,0
ITALIEN	2,4	2,6	PERU	2,6	2,2
LUXEMBURG	2,2	2,0	URUGUAY	26,0	29,7
NIEDERLANDE	2,5	2,7	VENEZUELA	51,1	45,0
NORWEGEN	2,5	1,2	ASIEN	1,4	1,5
ÖSTERREICH	2,0	1,8	BANGLADESCH	4,6	3,5
PORTUGAL	3,4	3,0	CHINA V.R.	1,3	1,1
SCHWEDEN	2,5	2,4	HONGKONG	-1,1	-0,7
SCHWEIZ	0,9	1,0	INDIEN	4,8	4,5
SPANIEN	3,3	3,4	INDONESIEN	8,9	11,0
ZYPERN	4,5	4,0	JAPAN	-0,5	-0,6
NORD AMERIKA	2,4	2,3	KOREA	3,5	3,0
KANADA	2,9	2,7	MALAYSIA	2,1	2,3
USA	2,3	2,2	MONGOLEI	-	6,5
MITTEL- UND OSTEUROPA	4,3	4,7	PAKISTAN	5,3	5,0
BOSNIEN-HERZEGOWINA	3,0	3,5	PHILIPPINEN	4,2	4,6
BULGARIEN	4,8	4,4	SINGAPUR	1,4	1,8
ESTLAND	3,6	3,9	SRI LANKA	9,2	10,9
JUGOSLAWIEN	9,2	9,3	TAIWAN R.O.C.	0,7	1,1
KROATIEN	3,2	3,2	THAILAND	2,6	2,1
LETTLAND	2,7	2,2	VIETNAM	4,3	4,3
LITAUEN	1,5	1,7	NAHER OSTEN	9,2	7,7
POLEN	1,6	2,0	BAHRAIN	1,0	5,0
RUMÄNIEN	13,6	14,3	IRAN	18,7	14,5
SLOWAKEI	7,9	7,8	ISRAEL	3,0	4,5
SLOWENIEN	5,6	5,8	JORDANIEN	2,3	2,4
TSCHECHISCHE REPUBLIK	1,9	2,6	LIBANON	5,0	3,5
UNGARN	5,2	5,1	SAUDI ARABIEN	1,6	1,1
GUS	12,4	13,3	TÜRKEI	28,4	25,7
GEORGIEN	5,0	5,0	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	2,7	2,3
KASACHSTAN	6,0	5,8	AFRIKA	14,6	17,3
RUSSLAND	14,3	13,8	ÄGYPTEN	6,6	4,0
UKRAINE	6,3	5,0	ALGERIEN	4,0	6,0
USBEKISTAN	-	50,0	GHANA	-	10,0
OZEANIEN	2,9	2,9	KENIA	3,2	4,9
AUSTRALIEN	3,0	3,0	MAROKKO	2,3	2,7
NEUSEELAND	2,4	2,3	MAURITIUS	-	7,0
			NIGERIA	13,0	18,8
			SIMBABWE	378,0	351,1
			SÜDAFRIKA	8,3	8,2
			TUNESIEN	-	3,0

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

ren auf die katastrophale Situation in *Simbabwe*, wo eine Hyperinflation von etwa 380% für 2003 erwartet wird nach einem Anstieg um 135% im letzten Jahr. In *Nigeria* wird die Inflationsrate vermutlich auf 13% in 2003 absinken, am An-

fang des Jahres ging man noch von einer Rate mit ca. 18,8% aus. In *Südafrika* wird damit gerechnet, dass sich die Inflationsrate bei ca. 8,3% einpendelt, im Jahr 2002 lag sie bei 9,5% (vgl. Tab. 2).

Tab. 3
Wachstumserwartungen des BIP im Jahr 2003

	BIP		BIP
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	2,1	MITTEL- u. LATEINAMERIKA	1,5
EU-MITGLIEDER	1,3	ARGENTINIEN	4,1
EURORAUM	1,2	BOLIVIEN	2,4
WESTEUROPA	1,3	BRASILIEN	2,5
BELGIEN	1,2	CHILE	2,9
DÄNEMARK	1,9	COSTA RICA	2,2
DEUTSCHLAND	0,5	EL SALVADOR	2,0
FINNLAND	1,9	ECUADOR	3,0
FRANKREICH	1,4	KOLUMBIEN	2,2
GRIECHENLAND	3,5	MEXIKO	2,2
GROSSBRITANNIEN	1,9	PANAMA	1,3
IRLAND	3,0	PARAGUAY	2,5
ISLAND	3,0	PERU	4,2
ITALIEN	1,2	URUGUAY	-1,3
LUXEMBURG	1,2	VENEZUELA	-13,1
NIEDERLANDE	0,8	ASIEN	3,1
NORWEGEN	1,4	BANGLADESCH	4,7
ÖSTERREICH	1,4	CHINA V.R.	7,2
PORTUGAL	0,9	HONGKONG	1,4
SCHWEDEN	1,3	INDIEN	5,4
SCHWEIZ	0,7	INDONESIEN	3,3
SPANIEN	2,1	JAPAN	0,4
ZYPERN	1,9	KOREA	4,0
NORDAMERIKA	2,2	MALAYSIA	3,6
KANADA	2,7	MONGOLEI	0,5
USA	2,1	PAKISTAN	4,1
MITTEL- UND OSTEUROPA	3,2	PHILIPPINEN	3,9
BOSNIEN-HERZEGOWINA	3,5	SINGAPUR	2,3
BULGARIEN	3,9	SRI LANKA	5,7
ESTLAND	4,5	TAIWAN R.O.C.	3,0
JUGOSLAWIEN	4,3	THAILAND	4,3
KROATIEN	3,2	VIETNAM	6,8
LETTLAND	5,2	NAHER OSTEN	2,9
LITAUEN	5,0	BAHRAIN	4,0
POLEN	2,6	IRAN	5,5
RUMÄNIEN	4,4	ISRAEL	0,8
SLOWAKEI	3,5	JORDANIEN	5,0
SLOWENIEN	3,2	LIBANON	-
TSCHECHISCHE REPUBLIK	2,4	SAUDI ARABIEN	2,4
UNGARN	3,4	TÜRKEI	4,0
GUS	4,7	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	2,8
GEORGIEN	6,5	AFRIKA	3,0
KASACHSTAN	8,0	ÄGYPTEN	1,4
RUSSLAND	4,6	ALGERIEN	4,0
UKRAINE	4,3	GHANA	-
OZEANIEN	3,1	KENIA	1,8
AUSTRALIEN	3,1	MAROKKO	7,6
NEUSEELAND	3,0	TANSANIA	6,0
		NIGERIA	1,0
		SIMBABWE	-9,0
		SÜDAFRIKA	2,8
		TUNESIEN	3,0

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2003.

Weltwirtschaftswachstum 2003: ca. 2,1%

Im Durchschnitt aller 88 in die Befragung einbezogenen Länder wird mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr um 2,1% gerechnet. Weit überdurchschnittlich wird das Wachstum sowohl in den

GUS-Ländern (4,7%) ausfallen als auch in *Asien* (3,1%) und in *Ozeanien* (3,1%).

Das Wirtschaftswachstum im *Nahen Osten* (2,9%) und in *Afrika* (3,0%) liegt etwas über dem Weltwirtschaftswachstum, in *Westeuropa* (1,3%) und in Zentral- und Lateinamerika (1,5%) dagegen deutlich darunter.

Insbesondere in *Venezuela* erwarten die WES-Experten negative Wachstumsraten von ca. – 13,1%.

Innerhalb Westeuropas liegt das voraussichtliche Wirtschaftswachstum 2003 in folgenden Ländern unter 1%: in *Deutschland* bei 0,5%, in der *Schweiz* bei 0,7%, in den *Niederlanden* bei 0,8% und in *Portugal* bei 0,9%. Über dem westeuropäischen Durchschnitt liegen Griechenland, Irland und *Island* (siehe Tab. 3).

ifo/ICC Sonderfrage: Wie werden neue wirtschaftliche Regeln zur Verhinderung terroristischer Akte bewertet?

In den letzten Jahren wurde Terrorismus zu einer multinationalen Gefahr. Terroristische Angriffe in den USA, Bali, Afrika und in Saudi-Arabien beweisen, dass der Schutz des globalen Handelssystems und die Bekämpfung von Terrorismus multinationale Aufgaben geworden sind. Andererseits können die erhöhten Sicherheitsanforderungen zu steigenden Transaktionskosten aufgrund der Verzögerungen und zusätzlichen Ausgaben führen.

Die Sonderfrage in der April-Umfrage zielte auf die wirtschaftlichen Auswirkungen, die sich aus den neuen Handelsregeln ergeben. Eine von diesen Regeln ist z.B. die so genannte »24-Stunden Regel«. Darin wird von den Spediteuren bzw. Seefrachtführern verlangt, Informationen zur Schiffsladung 24 Stunden vor der Beladung des Schiffes an den US-Zoll bzw. entsprechende US-amerikanische Behörden zu leiten. Durch diese Regel wird die Grenze des Staates (in diesem Fall der USA) in die Herkunftsländer der Schiffe »verschoben«. Damit soll erreicht werden, dass potentielle Terrorgefahr bereits vor der Abfahrt des Schiffes erkannt werden kann und nicht erst nach Ankunft im Zielhafen. Diese und ähnliche Regeln sollen verhindern, dass das globale Handelssystem von den Terroristen ausgenutzt werden kann.

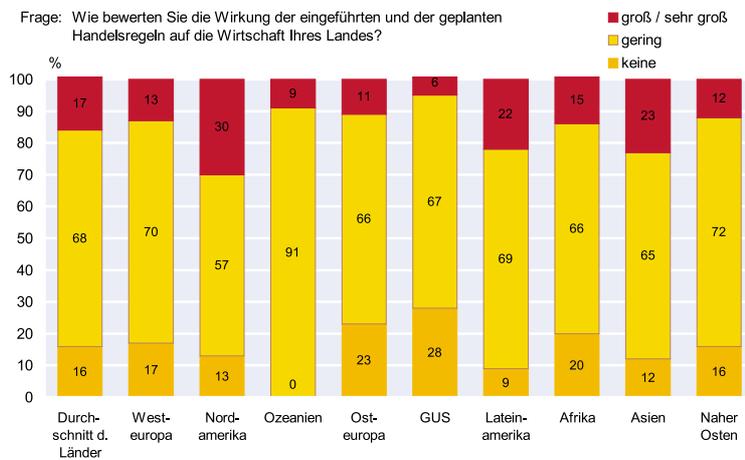
Die Frage wurde in drei Abschnitte untergliedert: der erste Teil befasste sich mit den Auswirkungen der bereits eingeleiteten bzw. geplanten Maßnahmen auf die Wirtschaft des jeweiligen Landes. Der zweite Teil untersuchte, inwieweit die Unternehmen bzw. die befragten Experten mit der Zusammenarbeit der Regierungen und der Wirtschaft bei der Ausarbeitung solcher Regeln zufrieden sind.

Anschließend wurde untersucht, ob es den Regierungen gelingt, durch die internationale Koordination von Sicherheitsmaßnahmen die widersprüchlichen Anforderungen an die exportierenden bzw. importierenden Unternehmen zu minimieren.

A: *Wie stark bewerten Sie die Wirkung der eingeführten und der geplanten Handelsregeln auf die Wirtschaft Ihres Landes?*

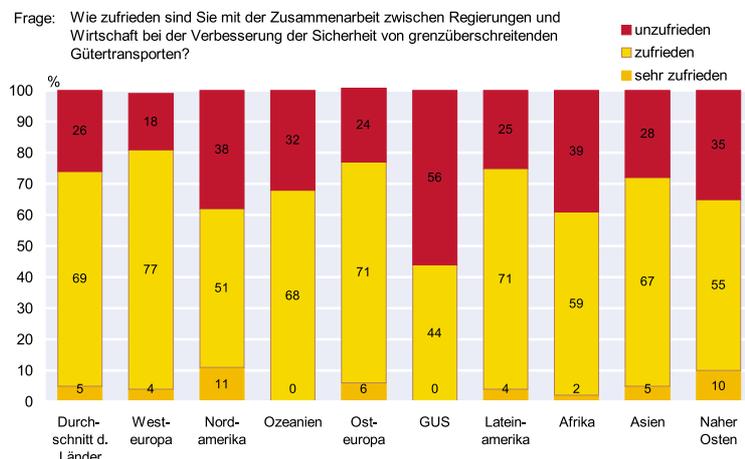
Die Mehrheit (68%) von 942 befragten WES-Experten aus mehr als 85 Ländern sehen die Wirtschaft ihres Landes nur geringfügig durch die neuen Handelsregeln betroffen. Dagegen melden 17% aller Teilnehmer weltweit einen sehr starken bzw. starken negativen Einfluss auf die Wirtschaft ihres Landes durch die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen beim globalen Gütertransfer. Diese Meinung war besonders in

Abb. 1a
Beurteilung der neuen Handelsregeln



Quelle: ifo World Economic Survey Q2/2003.

Abb. 2a
Beurteilung der neuen Handelsregeln



Quelle: ifo World Economic Survey Q2/2003.

Nordamerika ausgeprägt (30%), aber auch in Lateinamerika (22%) und Asien (23%) befürchten die Experten eine starke negative Auswirkung der strengen Handelsregeln auf die Geschäftsaktivität.

Tab. 4
Beurteilung der neuen Handelsregeln zur Verminderung der Gefahr durch Terroranschläge *

LÄNDERGRUPPEN	A	B	C	LÄNDERGRUPPEN	A	B	C
DURCHSCHNITT 88 LÄNDER	8,8	8,2	7,8	MITTEL-/LATEINAMERIKA	8,4	7,7	7,7
WESTEUROPA	9,0	8,4	8,0	ARGENTINIEN	9,0	7,5	8,0
BELGIEN	8,5	9,3	8,5	BOLIVIEN	9,8	8,2	9,0
DÄNEMARK	9,3	9,3	9,7	BRASILIEN	8,4	8,5	8,4
DEUTSCHLAND	9,1	8,3	7,9	CHILE	9,4	8,6	8,6
FINNLAND	9,4	8,8	8,3	COSTA RICA	6,3	6,3	6,3
FRANKREICH	9,3	8,7	7,8	ECUADOR	6,6	8,2	6,6
GRIECHENLAND	9,6	8,3	8,3	KOLUMBIEN	9,0	8,3	8,2
GROSSBRITANNIEN	8,8	7,9	7,3	MEXIKO	8,1	7,5	7,5
IRLAND	8,6	7,8	7,4	PANAMA	9,0	7,7	7,7
ITALIEN	8,4	8,7	8,5	PARAGUAY	9,0	7,0	7,0
NIEDERLANDE	9,0	8,6	8,0	PERU	7,2	8,1	8,7
NORWEGEN	9,0	8,2	8,3	URUGUAY	7,7	10,3	10,3
ÖSTERREICH	9,2	8,6	8,1	VENEZUELA	10,3	7,2	6,3
PORTUGAL	8,8	8,3	7,8	ASIEN	8,6	8,2	7,9
SCHWEDEN	9,7	8,8	9,2	BANGLADESCH	5,0	8,0	6,0
SCHWEIZ	9,5	8,8	8,5	CHINA V.R.	9,0	7,9	7,2
SPANIEN	9,1	7,4	6,9	HONGKONG	8,0	8,5	8,0
ZYPERN	11,0	9,0	9,0	INDIEN	8,1	7,8	7,5
MITTEL- & OSTEUROPA	9,6	8,3	8,5	INDONESIEN	7,8	6,0	5,6
BULGARIEN	9,8	8,1	8,2	JAPAN	9,0	7,5	7,4
ESTLAND	11,0	9,0	9,0	KOREA	9,7	9,0	9,0
JUGOSLAWIEN	7,0	7,7	7,0	MALAYSIA	8,8	9,3	8,5
KROATIEN	8,6	8,6	7,7	PAKISTAN	9,0	8,0	7,0
LETTLAND	9,0	7,4	8,2	PHILIPPINEN	8,0	8,0	8,0
LITAUEN	8,5	8,4	8,4	SINGAPUR	9,0	9,0	9,0
POLEN	9,3	7,8	7,9	SRI LANKA	9,8	9,0	9,0
RUMÄNIEN	9,0	8,6	9,0	TAIWAN R.O.C.	8,0	9,0	9,0
SLOWAKEI	10,2	9,3	9,0	THAILAND	6,8	7,8	7,8
SLOWENIEN	10,3	9,7	9,7	VIETNAM	7,8	8,2	8,6
TSCHECHISCHE REPUBLIK	9,9	8,4	8,0	NAHER OSTEN	9,6	8,4	8,3
UNGARN	10,2	8,4	9,3	BAHRAIN	9,0	9,0	7,0
NORDAMERIKA	8,5	8,0	7,1	IRAN	11,7	7,7	6,3
KANADA	6,9	7,4	6,6	ISRAEL	9,5	7,3	8,0
USA	9,0	8,2	7,3	SAUDI ARABIEN	9,7	9,7	10,3
OZEANIEN	8,9	8,3	7,9	TÜRKEI	7,9	7,0	6,8
AUSTRALIEN	9,0	8,6	8,2	VEREINIGTE ARAB. EMIRATE	10,1	9,0	8,3
NEUSEELAND	8,3	7,0	6,7	AFRIKA	9,3	7,9	7,8
GUS	10,1	6,5	7,3	ÄGYPTEN	8,6	7,0	7,2
KASACHSTAN	9,0	7,0	9,0	KENIA	8,4	6,3	7,0
RUSSLAND	10,5	5,9	6,8	MAROKKO	9,0	9,0	9,0
UKRAINE	9,0	9,0	9,0	NIGERIA	10,3	5,0	5,0
				SÜDAFRIKA	8,1	7,4	6,7
				SIMBABWE	10,8	6,3	5,0

A: Wie bewerten Sie die Wirkung der eingeführten und der geplanten Handelsregeln auf die Wirtschaft Ihres Landes? (WES Skala: 13 - überhaupt nicht; 9 - gering; 5 - stark; 1 - sehr stark)

B: Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Wirtschaft bei der Verbesserung der Sicherheit von grenzüberschreitenden Gütertransporten? (WES Skala: 13 - sehr zufrieden; 9 - zufrieden; 5 - unzufrieden; 1 - sehr unzufrieden)

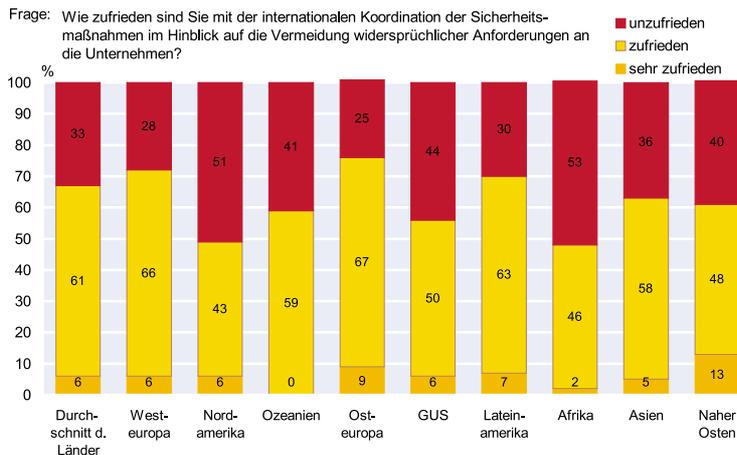
C: Wie zufrieden sind Sie mit der internationalen Koordination der eingeführten Maßnahmen seitens der Regierungen im Hinblick auf die Vermeidung widersprüchlicher Anforderungen an die Unternehmen? (WES Skala: 13 - sehr zufrieden; 9 - zufrieden; 5 - unzufrieden; 1 - sehr unzufrieden)

* In die Auswertung sind nur die Länder einbezogen worden, die zwei oder mehr Teilnehmer hatten

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q2/2003.

Abb. 3a

Beurteilung der Handelsregeln



Quelle: ifo World Economic Survey Q2/2003.

B: Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und der Wirtschaft bei der Verbesserung der Sicherheit von grenzüberschreitenden Gütertransporten?

In fast allen Ländern, mit der Ausnahme von GUS, ist die Mehrheit der befragten Experten (zwischen 81% in Westeuropa und 62% in Nordamerika) mit der Kooperation zwischen Regierungen und Wirtschaft zufrieden. Dennoch ist der Anteil der Experten, welche die Zusammenarbeit der Regierungen und der Wirtschaft als unzureichend bezeichnen würden, ebenfalls beträchtlich hoch: Dies ist vor allem in der GUS (56%), in Nordamerika (38%), in Afrika (39%) und im Nahen Osten (35%) der Fall. Die Ergebnisse weisen insgesamt darauf hin, dass bei der Einführung neuer Regelungen und Sicherheitsanforderungen die Regierungen mehr Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft nehmen sollten.

C: Wie zufrieden sind Sie mit der internationalen Koordination der eingeführten Maßnahmen seitens Regierungen im Hinblick auf die Vermeidung widersprüchlicher Anforderungen an die Unternehmen?

Große Bedenken hinsichtlich der internationalen Koordination der Maßnahmen wurden vor allem von den WES-Experten in Nordamerika (51%), aber auch in Afrika (53%), GUS (44%), Ozeanien (41%) und im Nahen Osten (40%) geäußert.

Da die jeweiligen Länder ungleich intensiv von der Einführung der neuen Handelsregeln betroffen sind, beinhaltet Tabelle 4 die durchschnittlichen Bewertungen der WES-Experten aus den jeweiligen Ländern betreffend die drei Aspekte der Sonderfrage.

Spanien: Konjunkturmotor läuft nicht mehr rund, aber besser als im westeuropäischen Durchschnitt

Oscar-Erich Kuntze

Verlangsamtes Wirtschaftswachstum 2002. Verhaltene Expansion 2003 mit nachfolgendem Konjunkturaufschwung 2004. Anregende Geld- und Finanzpolitik. Lohnpolitik stimuliert wenig. Direkte dämpfende Folgen der Dollar-Abwertung gering. Lage auf dem Arbeitsmarkt wenig verändert. Inflation lässt nur langsam nach. Fehlbetrag der Leistungsbilanz nimmt weiter zu.

Das politische und soziale Umfeld präsentiert sich seit einiger Zeit ziemlich turbulent. Zunächst brachte die einer Tankerhavarie im Herbst 2002 folgende Umweltverschmutzung die Bevölkerung auf. Dann kam es zu Demonstrationen von kaum gekannter Größenordnung gegen den Krieg im Irak. Und im Mai sorgten Kommunal- und Regionalwahlen für Unruhe. Gleichzeitig schwärt die ungelöste Problematik im Baskenland weiter.

Im Herbst 2002 brach vor der galizischen Küste ein Tanker auseinander, dessen Ladung nicht nur die spanischen Küsten, sondern auch noch französische Strände stark verschmutzte und weiter verschmutzt. Es ist eines der weltweit schwerwiegendsten Tankerunglücke. Die Regierung agierte äußerst unglücklich, indem sie zunächst gar nicht und dann unzureichend reagierte. Das führte zu erheblichen, anhaltenden Protesten der Bevölkerung.

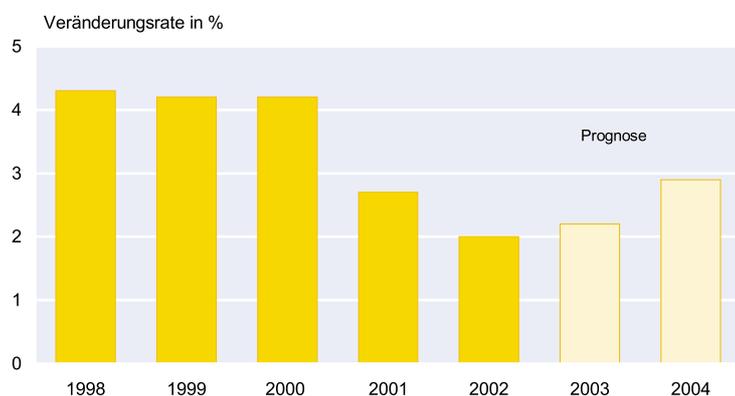
In den ersten Monaten 2003 kam es im Vorfeld des amerikanischen Krieges gegen den Irak zu Massendemonstrationen von kaum je registriertem Ausmaß: Umfragen zufolge missbilligten etwa 85% der Bevölkerung die Vorgehensweise der USA, während die Regierung Washington bei dieser Aktion aktiv unterstützte. Sie büßte damit neuerlich Sympathien ein.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass sich die Regierungspartei PP (Partido Popular) in den Kommunalwahlen sowie in den Wahlen zu 13 der 17 Regionalparlamente (Comunidades autónomas) vom Mai recht gut schlagen konnte. Denn allgemein wurden die Wahlen als eine Art Generalprobe für den 2004 fälligen Urnengang zur Neubestellung der Abgeordneten in den Cortes (Parlament). Der PP verzeichnete insgesamt Stimmenverluste, konnte seine Positionen jedoch zu-

meist halten. Er musste jedoch in der wichtigen Region Madrid die Mehrheit an ein linkes Bündnis abgeben. Zwar wurde der PSOE (Partido socialista obreros español) erstmals seit zehn Jahren wieder die meistgewählte Partei des Landes. Aber die große Wende zu den linken Parteien blieb aus.

Die Auspizien für die Parlamentswahlen im März 2004 bleiben damit weiterhin unklar. Einerseits zeigen der seit dem Jahre 2000 mit absoluter Mehrheit regierende PP sowie Ministerpräsident Aznar Abnützungerscheinungen. Letzterer will 2004 nicht mehr als Kandidat für das Amt des Premier antreten und 2005 auch den Vorsitz der Partei abgeben. Allerdings hat er noch keine Nachfolger genannt, geschweige denn aufgebaut, was die Wahlchancen des PP allmählich mindern dürfte. Andererseits hat sich der PSOE nach jahrelangen Querelen erst notdürftig wieder gefestigt und fand sich noch bis vor einem Jahr von der Regierung erheblich unter Druck gesetzt. Seitdem steigen seine Sympathiewerte langsam, etwa im Rhythmus mit der Zustimmung zu dem seit 2000 amtierenden Generalsekretär Zapatero. Dieser beging bisher kaum po-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

litische Fehler und gab sich sozialliberal unverbindlich, was jedoch die Bildung von Substanz nicht eben förderte. In wichtigen Fragen nationalen Interesses, etwa im Konflikt mit Marokko, zeigte er sich stets solidarisch mit der Regierung. Andererseits war die Regierung bemüht, Probleme von nationaler Bedeutung auf der Basis eines möglichst weit gespannten nationalen Konsens' zu lösen.

Die seit einem guten Vierteljahrhundert laufende Mutation Spaniens vom straff zentralisierten Staatswesen der Franco-Ära zum demokratischen »Staat der Autonomien«, also zu einem weitgehend regionalisierten Land, fand 2002 mit dem Übergang für das Gesundheitswesen auf die restlichen zehn Regionen annähernden Abschluss. Damit entfallen auf die Regionen rund 45% der öffentlichen Ausgaben, auf den Zentralstaat etwa 40% und auf die Gemeineden ca. 15%.

Die ETA und ihr terroristisches Wirken bilden nach wie vor eine schwere politische Belastung nicht nur des Baskenlandes, sondern des gesamten Landes. Zwar schwindet ihr Rückhalt bei der Bevölkerung allmählich, wie die herben Verluste der ETA-Partei Batasuna bei den Regionalwahlen 2001 zeigten. Diese Partei wurde kürzlich verboten. Die Fahnungserfolge sind beträchtlich und schwächen die Organisation. Auch geht ihre Entideologisierung weiter. Aber ihre Unberechenbarkeit und Gefährlichkeit sind eher noch gewachsen. Und die nachteiligen wirtschaftlichen Folgen für das Baskenland, eines der ersten modernen Wirtschaftszentren Spaniens, zeigen sich immer deutlicher. Dies umso mehr, als die Regionalregierung ihre Unabhängigkeitsbestrebungen nicht aufgeben will, was bereits von verschiedenen Unternehmen mit Investitionsstops bzw. Produktionsverlagerungen beantwortet wurde.

Im Konflikt mit Marokko ist eine merkliche Entspannung eingetreten, obwohl die politische Zukunft der Westsahara sowie die illegale Einwanderung weiterhin das gegenseitige Verhältnis belasten. Der 2002 abberufene marokkanische Botschafter ist nach Madrid zurückgekehrt. Und Marokko hat als Geste guten Willens seine Fischgründe vorübergehend für die spanische ganz überwiegend in Galizien beheimatete Fischereiflotte geöffnet als Ausgleich für die infolge des Tankerunglücks an der galizischen Küste entstandenen Schäden. Das bedeutet für diese wirtschaftsschwache Region eine erhebliche Erleichterung.

Zumindest bis Mitte 2004 ist mit einer Fortsetzung des bisherigen wirtschaftspolitischen Kurses zu rechnen. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit behält Priorität, was nur bei deutlich expandierender Wirtschaft zu bewerkstelligen ist, die immer noch vom, mit dem Beitritt zum Euroraum verbundenen starken Zinsrückgang profitiert. Daher wird die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet sein, auch um die beträchtlichen und von der EU weitgehend mitfinanzierten Infrastrukturinvestitionen forciert weiterführen zu können.

Nennenswerte ordnungspolitische Fortschritte in Richtung auf eine Öffnung des großen weitgehend gegen Konkurrenz geschützten Sektors sind nicht zu erwarten. Damit kommt auch die Stabilisierung des Preisniveaus nur langsam voran. Um den Abbau des Leistungsbilanzdefizits – früher ein Dauerproblem – kümmert man sich nicht mehr.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den Vereinigten Staaten stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. In Japan übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 1/4%. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich 2¹/₂%. In Westeuropa, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 3/4% und in Deutschland um 1/4%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

Die spanische Wirtschaft ist im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr verlangsamt gewachsen, obwohl die Wirtschaftspolitik stimulierte. Mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2% expandierte sie jedoch weiterhin stärker als der westeuropäische Durchschnitt. Damit setzte Spanien den Konvergenzprozess – im Gegensatz zu Portugal – fort. Nach der Stagnation im zweiten Halbjahr 2002, dem Produktionsrückgang im ersten Quartal 2002 und einer Beschleunigung im Sommerhalbjahr verlor die Konjunktur wieder an Schwung. Ursachen der schwächeren Wirtschaftsleistung waren vor allem der private Verbrauch, der Export und die Bruttoanlageinvestitionen; die Ausrüstungsinvestitionen waren sogar rückläufig. Die Lagerentwicklung leistete keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Lediglich der öffentliche Konsum wurde nur leicht verlangsamt ausgeweitet. Auf dem Arbeitsmarkt fand das langsamere Wirtschaftswachstum seinen Niederschlag u.a. in einer auf 11,4% im Jahresdurchschnitt gestiegenen Arbeitslosenquote. Der Preisauftrieb verlor zwar nach der Beschleunigung während des ersten Halbjahres erheblich an Schwung, doch lagen die Konsumentenpreise um 3,6% über dem Niveau von 2001 – eine spürbar höhere Rate als im Jahr zuvor. Das Defizit der Leistungsbilanz ist in Relation zum BIP auf etwa 2,7% gesunken.

Der private Konsum (+ 1,9%) hat auch hier die Konjunktur wesentlich gestützt, doch ließ der Schwung erheblich nach; hierzu trugen auch die vor der Einführung des Eurobargelds

zu Jahresbeginn mit Schwarzgeld getätigten umfänglichen außerplanmäßigen Käufe vor allem dauerhafter Güter bei. Im Verlauf zeigte sich zuletzt eine spürbare Beschleunigung als Folge der Anfang 2003 anstehenden erheblichen Senkung der Einkommensteuer. Die Beschäftigung nahm deutlich verlangsamt zu, die Reallöhne stiegen mäßig, und die Sparquote hat sich gegenüber 2001 nicht geändert. Zudem wurde die Inflationsindexierung des Einkommensteuertarifs gestrichen, womit sich die Steuerbelastung erhöhte. Der Staatsverbrauch expandierte mit 2,8% weit überdurchschnittlich, wobei dieses Aggregat allerdings erheblichen Revisionen unterliegt.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind mit 1,4% zwar spürbar schwächer als 2002 gestiegen, doch war im Verlauf des Jahres eine Belebung zu verzeichnen nach der annähernden Stagnation des Vorjahres. Im Einzelnen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. So sind die Ausrüstungsinvestitionen, auf die knapp ein Viertel des Investitionsvolumens entfallen, trotz weiter gesunkener Zinsen um 4,1% zurückgegangen, nachdem sie bereits 2002 um 1,2% gesunken waren. Dies war teilweise ein Reflex auf die vorausgegangene Boomphase, in der auch Überkapazitäten aufgebaut worden waren. Auch haben die hohen Verluste spanischer Unternehmen in Lateinamerika erhebliche Probleme bei der Kreditversorgung und damit auch bei den Investitionen verursacht, wie die Unternehmenserträge ganz generell eingebrochen sind. Ferner ist die Auslastung der Kapazitäten weiter spürbar und stetig gesunken. Ende des Jahres lag sie nur noch wenig über dem langfristigen Durchschnitt. Hierunter litten besonders die Erweiterungsinvestitionen, die stark eingeschränkt wurden. Bei den Bauinvestitionen blieb der Staat die treibende Kraft, dem die rasche weitere Verbesserung vor allem der Verkehrsinfrastruktur ein prioritäres Anliegen bleibt. Dies umso leichter, als ein großer Teil der Mittel aus EU-Fonds fließt. Der Wohnungsneubau expandierte nach dem bis 2000 laufenden Boom zwar relativ moderat, aber – mit neun neuen Wohnungen pro 1 000 Einwohnern im Jahr 2002 – auf einem auch im internationalen Vergleich sehr hohen Niveau. Das ist erstaunlich, da auch die Preise und die Hypothekenbelastung der Bevölkerung sehr hoch geworden sind. Stimulierend wirkten weiterhin die stark gesunkenen Zinsen, die Umschichtung von Kapitalien zu Lasten von Aktienanlagen in den Wohnungsbau sowie die seit Jahren mit zweistelligen Raten steigenden Wohnungspreise. In Renovierungen sowie Um- und Ausbauten (hierauf entfallen etwa 30% des Neubauvolumens) wurde weiter lebhaft investiert. Im industriell-gewerblichen Bau war die Veränderungsrate wesentlich geringer als 2001. Gedämpft haben vor allem gestiegene Leerstände und sinkende Mieten für Gewerbeimmobilien in den großen Agglomerationen und die Rezession bei den Ausrüstungsinvestitionen.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen nahm um 1,4% zu. Nachdem er 2001 annähernd stagniert und Anfang 2002 sogar abgenommen hatte, erholte er sich spürbar. Die im vier-

ten Quartal wieder abflauenden Impulse von der zunächst beschleunigten Weltkonjunktur machten sich kräftig bemerkbar. Auch war der Wechselkurs des US-Dollar trotz bereits deutlicher Aufwertungstendenz für die Ausfuhrwirtschaft immer noch sehr günstig. Allerdings sind die Lohnstückkosten erneut stärker gestiegen als im Durchschnitt Westeuropas, wohin bei weitem die meisten Güter- und Dienstleistungsexporte gehen. Von der Krise in Argentinien, wo spanische Unternehmen vor allem im Dienstleistungssektor erheblich engagiert sind, gingen keine nennenswert negativen Effekte auf den Export aus. Nicht einmal 1/2% der Warenausfuhr gehen dorthin. Die Einfuhr expandierte um 2,2%. Gleichwohl verringerte sich das Passivum der Leistungsbilanz auf 2,7% des BIP, da die Terms of Trade günstiger wurden.

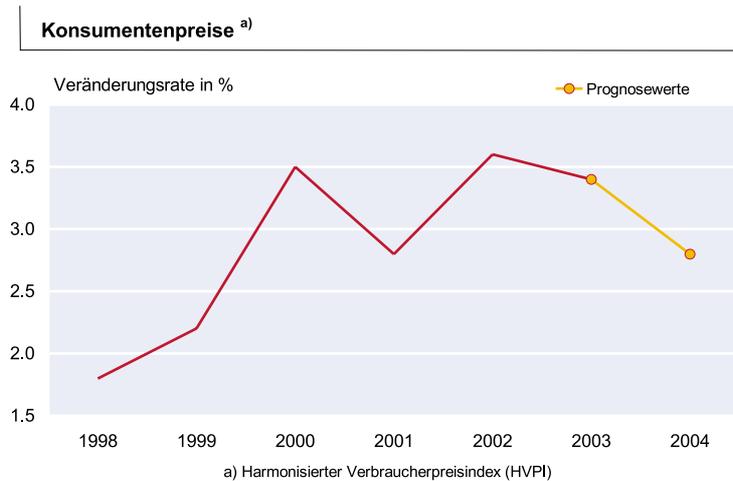
Auf dem Arbeitsmarkt war die Lage spürbar weniger günstig als in den Jahren zuvor. Die Beschäftigung erhöhte sich deutlich verlangsamt, und infolge demographischer Einflüsse, nahmen Arbeitslosenzahl und Arbeitslosenquote (auf 11,4% im Jahresdurchschnitt) spürbar zu. Gestiegen ist die Beschäftigung im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor, während sie in der Industrie und vor allem in der Landwirtschaft sank. Gesunken ist zuletzt auch die Zahl der Arbeitnehmer mit Zeitverträgen, während mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse und mehr Teilzeitbeschäftigte gemeldet wurden.

Die Konsumentenpreise (HVPI) lagen um 3,6% über dem Niveau von 2001; damals waren sie nur um 2,8% gestiegen. Zunächst lag der Index stabil, bedingt durch eine Neugewichtung des HVPI und die Berücksichtigung von Schlussverkaufspreisen. Anschließend kam es zu einem Preisschub, dem im Herbst ein weiterer folgte. Überdurchschnittlich verteuerten sich Nahrungsmittel, Dienstleistungen und Wohnkosten, während Energie billiger wurde. Die trotz sinkender Einfuhrpreise den westeuropäischen Durchschnitt so deutlich übersteigende Rate erklärt sich auch aus dem immer großen, gegenüber dem Wettbewerb weitgehend abgeschotteten Bereich der Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitik

Von der Geldpolitik erhält die Konjunktur auch 2003 und 2004 noch Impulse. Mit Blick auf die Parlamentswahlen dürfte die Finanzpolitik leicht anregend wirken, und von der Lohnpolitik ist ein ähnlicher Effekt zu erwarten. Demgegenüber bremst die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro, wenn auch wesentlich weniger als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, da nur ein relativ kleiner Anteil der Ausfuhr in den Dollarraum geht. Zudem schwächt sich dieser Effekt im Laufe von 2004 stark ab.

Von der Geldpolitik bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mai 2003 nicht mehr an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest (nunmehr soll die Inflationsrate mittelfristig »nahe zwei Prozent« liegen). Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölverteuerung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,2% (im April 2003 um 8,7% über dem Niveau vom April 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 4,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75%, im März 2003 auf 2,5% und im Juni auf 2% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Und selbst wenn es zu keiner weiteren monetären Lockerung kommt, wird der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reichen. Für **Spanien** sind die Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum etwas zu niedrig, zumal die zinsenkenden Effekte des Beitritts zum Euroraum immer noch wirken. Unter stabilitätspolitischen Aspekten liegen sie jedoch angesichts der immer noch spürbar über der 2-Prozent-Marke liegenden Teuerung erheblich zu tief. Auch heuer wird die Teuerung stärker sein als im

westeuropäischen Durchschnitt. Dies, obwohl der Euro 2002 in Relation zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen hat. Im April 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich 22,6%, wobei der Euro-Kurs aber immer noch unter den Niveau der Jahre 1997 und 1998 lag, diesen zuletzt jedoch überschritt. Zur Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA und deren hohen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die Finanzpolitik bleibt grundsätzlich konsolidierungsorientiert, wirkt heuer aber gleichwohl leicht expansiv, obwohl wieder 2% der Ausgaben des Zentralstaates (ohne Sozialversicherung) dem Reservefonds zugewiesen werden. Die Wirkung läuft ganz überwiegend über die Einnahmenseite in Form von Steuer- und Abgabenerleichterungen, lediglich die Gebühren wurden um 2% erhöht, entsprechend der dem Budget 2003 zugrunde liegende Inflationsrate. So wurde die Einkommensteuer Anfang des Jahres kräftig gesenkt; der Grenzsteuersatz ist von 48 auf 45% herabgesetzt worden, und der Eingangssteuersatz sank von 18 auf 15%; im Schnitt verringerte sich die Belastung um 11%. Zusätzlich erfolgten Abstriche bei der lokalen Unternehmenssteuer IAE dergestalt, dass die den Kommunen hierdurch entstehenden Steuerausfälle vom Staat vergütet werden. Viele kleinere Unternehmen bleiben jetzt unter der Bemessungsgrenze und müssen diese Steuer zunächst nicht mehr zahlen. Ferner wurden die Verbrauchsteuern eingefroren, in einigen Fällen sogar gesenkt. Der Abschreibungssatz von 17% bei reinvestiertem Kapital ist auf 20% heraufgesetzt worden. Bezieher von staatlichen Pensionen, vor allem aber Witwen und Bezieher niedriger Pensionen, werden besser gestellt. Öffentlich Bedienstete erhalten entsprechend dem unterstellten Anstieg der Verbraucherpreise um 2% höhere Bezüge sowie einen Teuerungsausgleich für die überschießende Inflation von 2002. Und schließlich wurden die von Unternehmen zu leistenden Sozialversicherungsabgaben für ältere Arbeitskräfte verringert. Die durch Steuer- und Abgabensenkungen verursachten Einnahmeausfälle sowie die konjunkturbedingt – gegenüber dem Haushaltsvoranschlag – schlechter laufenden Einnahmen aus Steuern und Abgaben sowie die aus der Ölpest an der Nordwestküste entstehenden Aufwendungen dürften zu einem Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand von reichlich $\frac{1}{2}$ % des BIP führen,

obwohl diese immer noch durch die Ablösung hochverzinslicher Anleihen und Kredite durch niedrig zu verzinsende Schulden entlastet wird. Das ursprüngliche Ziel eines ausgeglichenen Etats wird nicht erreicht. Die Staatsverschuldung dürfte bei 53% des BIP liegen, so dass im Verhältnis zu vielen anderen westeuropäischen Ländern eine komfortable finanzpolitische Situation gegeben ist. Hierbei dürfte es auf absehbare Zeit auch bleiben. Doch darf nicht vergessen werden, dass die öffentliche Hand sich mit der Begleichung von Rechnungen bis zu 360 Tage und damit übermäßig viel Zeit lässt. Denn auch die parlamentarische Opposition plädiert nicht für eine Neuauflage von Programmen zur Konjunkturanhebung, so dass selbst nach einem Regierungswechsel keine lasche Ausgabenpolitik abzusehen ist. Zudem hat die Bevölkerung trotz der seit kurzem sehr niedrigen Geburtenrate auch auf mittlere Sicht noch eine günstige Altersstruktur. Die Kassen der auf dem Umlageprinzip basierenden Rentenversicherungen sind dank des über Jahre hinweg lebhaften Wirtschaftswachstums und expandierender Beschäftigung gut gefüllt. Belastungen infolge überbordender Sozialausgaben, wie sie in den großen und einigen kleineren kontinentaleuropäischen Ländern Schieflagen der Staatshaushalte bewirken, sind noch auf Jahre hinaus nicht zu befürchten. Gleichwohl droht auch hier die Überalterung der Bevölkerung, und die Behörden stellen weiterhin – von der EU-Kommission ausdrücklich hierzu ermuntert – Überlegungen bezüglich entsprechender Maßnahmen an. Bereits vor zwei Jahren war der Einstieg in eine Rentenreform geplant. Er wurde jedoch wegen sich abzeichnender massiver Proteste – derzeit vermitteln Frankreich und Österreich diesbezüglich lebhaftere Eindrücke – nur ansatzweise realisiert und im Übrigen auf unbestimmte Zeit verschoben. Vor den Parlamentswahlen 2004 sind hingegen keine substantziellen Resultate zu erwarten, zumal die Zeit noch nicht drängt.

Die Lohnpolitik zielt weiter auf die Stabilisierung des Preisniveaus ab. Wie bisher ist die Regierung bemüht, der Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor eine Leitfunktion zu geben. Für 2003 wurden für den öffentlichen Dienst Lohnerhöhungen um 2%, entsprechend der amtlichen Inflationsprognose, vereinbart. Sollte der Preisanstieg jedoch stärker ausfallen, dann erfolgt die Nachzahlung der Differenz im nächsten Jahr. So war man bereits während der letzten Jahre verfahren – konnte auch gar nicht anders, da die Indexierung der Tariflöhne in der Wirtschaft noch weit verbreitet ist. Zu den Tariflöhnen addiert sich noch die Wage drift in Abhängigkeit von allgemeiner Konjunktur, Branchenkonjunktur und dem Geschäftsgang des einzelnen Unternehmens. 2002 hatte man sich für den nicht-staatlichen Bereich auf Tariflohnerhöhungen um rund 3% geeinigt. Die Wage drift betrug ca. 1%, so dass z.B. eine Anhebung der Stundenlöhne um 4,1% gegenüber 2001 resultierte. Für 2003 ist mit einem Lohnanstieg um etwa 3 1/2% zu rechnen. Die Gewerkschaften zeigen sich auf Betriebsebene auch in Fra-

gen der Lohngestaltung und Handhabung der immer noch sehr rigiden Arbeitsgesetze flexibler als die Gewerkschaftsverbände.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 1/4%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um ca. 1%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um fast 2 3/4% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 3/4% ausgeweitet; für die EU und für den Euroraum ist eine etwa gleich hohe Rate zu erwarten, während es in Deutschland gegenüber 2002 unverändert bleibt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 8%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 4%.

Spanien ist eines jener im Laufe der Jahre der EU beigetretenen Länder, die aus den sich damit bietenden Möglichkeiten viel gemacht und wirtschaftlich beträchtlich gegenüber dem EU-Durchschnitt aufgeholt haben. Begonnen hatte dieses iberische Wirtschaftswunder bereits in den fünfziger Jahren. Damals war das vom Bürgerkrieg 1936/39 noch ausgelaugte und wegen des Franco-Regimes international geächtete Land, das auch ökonomisch seit einem Jahrhundert eine wenig beachtete Rolle am Rande Europas gespielt hatte, von den USA (die mit dem Beginn des Kalten Krieges moralische Bedenken gegenüber strategischen Erwägungen zurückstellten) und dem IMF zur allmählichen Öffnung gedrängt, und bei dieser in vielfältiger Weise unterstützt worden. Der Erfolg war staunenswert, wiewohl im Ausland weitestgehend unbeachtet. Während der Jahre 1961/75 expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt mit 6,7% p.a. nach Japan am stärksten von allen westlichen Industrieländern. Die beiden Ölpreisexplosionen in den siebziger Jahren, begleitet von Weltrezessionen legten jedoch die immer noch bestehenden Strukturschwächen bloß. Doch die Basis zum Wandel war gelegt, und er gelang besser als in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas. Dabei wurden zunächst partiell auch planwirtschaftsartige, der französischen Planification nachempfundene Mittel eingesetzt, wie etwa die »Reconversión Industrial« als integraler Bestandteil der Vierjahrspläne in den achtziger Jahren. Mit dem Beitritt zur EU 1986, dem hieraus resultierenden Zwang zu Liberalisierung und Deregulierung sowie mit Hilfe der reichlich fließenden und weitgehend sehr nutzbringend in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investierten Gelder aus Brüssel (die Zuwendungen entsprechen derzeit etwa 1,5% des BIP), begann ein zweiter Quantensprung,

auch getragen von der ganz überwiegenden Zustimmung der Bevölkerung zur europäischen Integration und der zunehmenden vielfältigen Verzahnung mit dem übrigen Europa. Auf diese Weise gelang es, die Wirtschaftsleistung je Einwohner 2002 auf 88% des OECD-Durchschnitts zu erhöhen. Mit Ausnahme weniger Jahre lag das Wirtschaftswachstum seitdem spürbar über dem westeuropäischen Durchschnitt, die Inflation flaute ab, die Beschäftigung stieg deutlich, die Arbeitslosigkeit ging zuletzt erheblich zurück. Die Staatsfinanzen sind geordnet, mitbedingt durch den seit dem Beitritt zum Euroraum stark gesunkenen Zinsniveau, welches noch auf einige Zeit das Wirtschaftswachstum erheblich stimuliert und das Aufholen gegenüber dem Schnitt der anderen westeuropäischen Länder fördert. Die Landwirtschaft ist sehr leistungsfähig geworden. Eine Generation modern ausgebildeter, tatkräftiger Manager und Facharbeiter bestimmt wesentliche Teile der Produktion. Allerdings ist die Arbeitsproduktivität seit Mitte der neunziger Jahre langsamer als im westeuropäischen Durchschnitt gestiegen, während Teuerungs- und Arbeitslosenraten relativ hoch blieben. Der einem intensiven Wettbewerb ausgesetzte Sektor ist immer noch beträchtlich. In Forschung und Entwicklung wird mit 1% des BIP weit weniger als im EU-Durchschnitt (1,9%) investiert. Die reichlich ins Land strömenden Direktinvestitionen schufen viele neue Produktionsstätten und Arbeitsplätze (vor allem in den Bereichen Automobilbau, Basischemie, Pharmazie, Elektronik), blieben jedoch verlängerte Werkbänke und weitestgehend abhängig vom Export. Schon auf mittlere Sicht sind verschiedene Standorte bei weiter relativ rasch steigenden Lohnstückkosten von Abwanderung an kostengünstigere Standorte in Mitteleuropa oder Ostasien bedroht; z.B. verlegt VW einen Teil der Produktion von Katalonien in die Slowakei. Auch der gut entwickelte und volkswirtschaftlich bedeutsame Tourismussektor könnte auf längere Sicht unter mangelnder preislicher Wettbewerbsfähigkeit leiden. Und nach 2006 wird die EU ihre Zuwendungen zugunsten der im Mai 2004 neu beigetretenen Länder kürzen.

Die Wirtschaft in Spanien dürfte nach einem relativ zum übrigen Westeuropa günstigen Start im ersten Quartal (saisonbereinigt + 0,5% gegen viertes Quartal 2002) zunächst etwas langsamer und ab dem Sommer allmählich schneller wachsen. Hierauf lassen verschiedene auf der Basis von Umfragen ermittelte Klimaindikatoren schließen. Leicht stimuliert von der Wirtschaftspolitik dürfte das reale **Bruttoinlandsprodukt** um 2^{1/4}% expandieren, nachdem auch die retardierenden Auswirkungen der Argentinienkrise (spanische Unternehmen, aber auch der Staat hatten sich dort wesentlich stärker als andere westeuropäische Länder engagiert) allmählich geringer werden. Die Inlandsnachfrage erhöht sich etwas stärker. Am kräftigsten und noch leicht beschleunigt nimmt erneut der öffentliche Verbrauch zu, die Bruttoanlageinvestitionen expandieren nur wenig schneller, während der private Konsum etwa im Rhythmus des Vor-

jahres steigt. Die Ausfuhr beschleunigt sich merklich, aber die Einfuhr nimmt noch rascher zu, so dass trotz verbesserter Terms of Trade ein wieder steigender Fehlbetrag der Leistungsbilanz resultiert. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Situation weiterhin leicht. Die Arbeitslosenquote dürfte bei 12% im Jahresdurchschnitt liegen. Der Preisauftrieb beruhigt sich in der Grundtendenz weiter. Die Konsumentenpreise dürften um knapp 3^{1/2}% über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Mit 3^{3/4}% wird der öffentliche Verbrauch (Anteil am BIP 17,5%) am lebhaftesten von allen großen Komponenten der Nachfrage expandieren. Dies ist nicht nur ein Reflex der 2004 anstehenden Wahlen zu den Cortes, sondern auch der erheblichen Kosten für die Behebung der durch die Tanker-Havarie vor der galizischen Küste im Herbst 2002 verursachten Schäden. Der private Konsum (Anteil am BIP 58,4%) wächst um 2^{1/2}%, da er einen erheblichen Stimulus von der umfänglichen Einkommensteuersenkung zu Jahresbeginn erhält; im Schnitt sinkt die Belastung um 11%. Auch dürften die Reallöhne etwas stärker, wenn auch immer noch recht verhalten steigen. Andererseits nimmt die Beschäftigung schwächer zu, und ein Teil der steuerlichen Entlastung dürfte seinen Niederschlag in einer leichten Zunahme der Sparquote finden. Die fortgesetzte Expansion des Wohnungsbaus, das Ende des Absatzrückgangs bei Personenautos sowie gute Verkaufsergebnisse bei Mobiltelefonen lässt u.a. darauf schließen, dass langlebige Gebrauchsgüter überdurchschnittlich nachgefragt werden. Gleichzeitig nehmen die Ausgaben für Ferienreisen, besonders ins Ausland, weiter kräftig zu.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** (Anteil am BIP: 25,4%) zeichnet sich eine leicht beschleunigte Fortsetzung der Erholung ab. Sie dürften um 2^{1/4}% expandieren. Weiterhin lebhaft wird die Bauproduktion ausgeweitet – eine Annahme, die von der bis zuletzt günstigen Entwicklung der Klimaindikatoren gestützt wird. Das gilt in erster Linie für den öffentlichen Bau, der sehr ehrgeizig vorangetrieben wird, fokussiert auf die trotz großer Verbesserungen während der letzten Jahrzehnte immer noch erheblich ausbaubedürftigen Verkehrsinfrastruktur. Viele der im Rahmen des 114 Mrd. € umfassenden Investitionsplans 2000/2007 durchgeführten Projekte werden von der EU mitfinanziert. Der Wohnungsbau, und hierauf lassen auch die Baugenehmigungen schließen, expandiert nur noch moderat. Stimulierend wirken in erster Linie die gesunkenen Zinsen. Denn die privaten Haushalte haben während der letzten Jahre gerade in Form von Hypotheken eine sehr hohe Verschuldung angehäuft. Und da die Hypothekenzinsen jährlich dem Zinsniveau angepasst werden, werden sie jetzt finanziell merklich entlastet – dies impliziert jedoch erhebliche Risiken in Zeiten wieder anziehender Zinsen. Anregend für den Wohnungsbau sind auch die heuer spürbar steigenden realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie der hier besonders ausgeprägte Wunsch nach Wohnungseigentum,

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten
– in % –

	2001	2002	2003 ^{a)}		2004 ^{a)}	
			EU ^{c)}	OECD ^{c)}	EU ^{c)}	OECD ^{c)}
Bruttoinlandsprodukt	2,7	2,0	2,0	2,1	3,0	3,1
Inlandsnachfrage	2,7	2,2	2,3	2,6	3,4	3,4
Privater Verbrauch	2,5	1,9	2,1	2,3	3,1	3,2
Staatsverbrauch	3,1	2,8	3,5	3,5	3,2	3,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,2	1,4	2,1	2,6	4,1	4,1
Exporte ^{d)}	3,4	1,4	3,3	3,3	4,3	6,1
Importe ^{d)}	3,5	2,2	4,2	4,7	5,4	6,8
Industrieproduktion (ohne Bau)	- 1,4	0,3	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,8	3,6	3,2	2,9	2,7	2,4
Arbeitslosenquote	10,6	11,4	11,6	12,0	11,4	11,7
Leistungsbilanz ^{e)}	- 3,0	- 2,7	- 2,6	- 3,0	- 2,7	- 3,2
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)}	- 0,1	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,1	- 0,2

^{a)} Schätzungen. - ^{b)} Europäische Kommission, Brüssel, vom März 2003. - ^{c)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. - ^{d)} Güter und Dienstleistungen. - ^{e)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

auch weil die Mieten stark gestiegen und mittlerweile sehr hoch sind; während der letzten fünf Jahre wurde im Schnitt eine halbe Million Wohneinheiten p.a. erstellt. Der gewerblich-industrielle Bau wächst hingegen weiterhin verlangsamt, da vor allem bei Büroflächen während der vorangegangenen Boomjahre verschiedentlich ein Überangebot entstanden ist, das zunächst vielfach noch für sinkende Mieten sorgt. Erst gegen Ende des Jahres ist eine Besserung der Lage zu erwarten. Die Ausrüstungsinvestitionen (Anteil am BIP: 7%) erholen sich von dem vorjährigen Einbruch. Die Ertragslage der Unternehmen bessert sich im Allgemeinen; im Bausektor ist sie sogar recht gut. Die Großbanken und Großunternehmen haben ihre im Lateinamerika-Geschäft entstandenen umfangreichen Verluste (allein 2001 9,4 Mrd. Euro an Abschreibungen und Rückstellungen) weitestgehend verkraftet und ihre Ertragslage wesentlich verbessert. Und die Absatzaussichten werden günstiger. Außerdem ist während der letzten beiden Rezessionsjahre ein erheblicher Bedarf an Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen entstanden. Das gilt besonders mit Blick auf die weiter im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich steigenden Arbeitskosten. War Spanien mit einer deutlich unterbewerteten Peseta in die Europäische Währungsunion gekommen, so ist dieser Vorsprung schon jetzt verloren gegangen. Verschiedentlich erwägen ausländische Investoren die Verlagerung von Produktionen in kostengünstigere Regionen. Auch entspricht die Qualität der Erzeugnisse nicht immer den Anforderungen. Und schließlich liegt die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie mit 78,2% im zweiten Quartal 2003 noch etwas über dem langjährigen Durchschnitt (77,8%), so dass bei einer Beschleunigung der Nachfrage auch wieder mehr in die Erweiterung der Anlagen investiert wird.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (Anteil am BIP: 30%) dürfte um 3 1/2% expandieren. Diese Rate erklärt sich jedoch gänzlich aus dem hohen Überhang zu Jahresbeginn. Im Verlauf ist nämlich – und hierauf deuteten Auftragsbestände

und -einfänge aus dem Ausland hin – bis in den Sommer hinein eine recht schwache Entwicklung anzunehmen, auch bedingt durch die Flaute im Ausländertourismus vor allem infolge gedrückter Konsumneigung in wichtigen Herkunftsländern und dem deutlichen Preisanstieg in den Feriengebieten. Als bremsend erweist sich auch der nach wie vor hohe Lohnkostenauftrieb, vor allem aber die konjunkturelle Flaute in Westeuropa, dem mit weitem Abstand wichtigsten Absatzmarkt (2002 gingen fast drei Viertel der Warenausfuhr dorthin). Erst im weiteren Verlauf des Jahres ist mit einer Erholung zu rechnen, wenn die Weltkonjunktur allmählich wieder Tritt fasst. Da die **Einfuhr** (Anteil am BIP: 31,6%) spürbar rascher zunimmt als die Ausfuhr, dürfte das Defizit der **Leistungsbilanz** trotz nochmals leicht verbesserter Terms of Trade auf eine Größenordnung von 3% des BIP steigen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage trotz nur langsam erhöhter Produktivität weiter. Denn die Erwerbsbevölkerung erhöht sich auch als Folge der erheblichen Immigration weiter, während die Beschäftigung im Verlauf kaum noch ausgeweitet wird. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf 12% steigen.

Der **Preis**auftrieb verlangsamt sich in der Tendenz allmählich, obwohl gesunkene Zinsen und Einfuhrpreise stabilisierend wirken. Aber die nach wie vor spürbar steigenden Lohnstückkosten und der in weiten Bereichen immer noch ungenügend spielende Wettbewerb. Infolgedessen werden die **Konsumentenpreise** mit knapp 3 1/2% erneut deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt liegen.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3 1/4%. Nachfrage und Produktion neh-

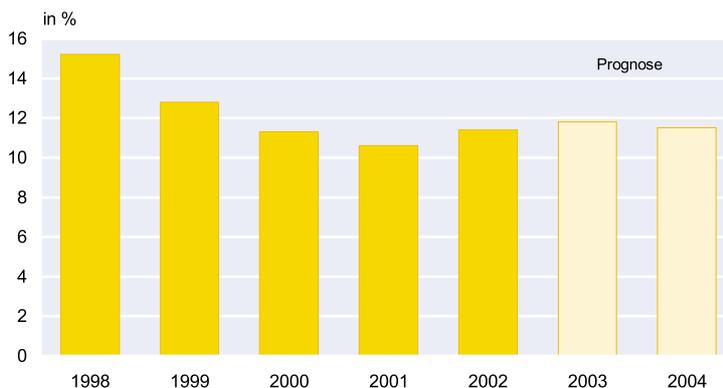
men in Japan um $1\frac{1}{4}\%$ zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um $3\frac{1}{4}\%$. In Westeuropa und der EU erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; im Euroraum expandiert es fast so stark, und in Deutschland um $1\frac{3}{4}\%$. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 23 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 10% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,15 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von $6\frac{1}{2}\%$ ausgeweitet werden.

In Spanien expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 3%. Im Verlauf bedeutete das eine Beschleunigung bis in den Sommer hinein, zunächst noch (im März finden die Wahlen zu den Cortes statt) leicht stimuliert von der Wirtschaftspolitik. Am stärksten nimmt jedoch die Ausfuhr im Sog des weltwirtschaftlichen Aufschwungs zu. Da der Import jedoch noch lebhafter ausgeweitet wird und die Terms of Trade kaum noch günstiger werden, ist mit einem nochmals steigenden Defizit der Leistungsbilanz zu rechnen. Auch die Inlandsnachfrage wird rascher ausgeweitet, getragen von privatem Konsum, Bruttoanlageinvestitionen und der Lagerentwicklung, während der öffentliche Verbrauch an Schwung verliert. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage allmählich; im Schnitt des Jahres dürfte die Arbeitslosenquote bei $11\frac{1}{2}\%$ liegen. Der Preisauftrieb verlangsamt sich nicht weiter, so dass die Konsumentenpreise im Jahresdurchschnitt um knapp 3% steigen dürften.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen dürfte um $5\frac{1}{2}\%$ steigen, wobei diese Rate den Schwung der laufenden Entwicklung durch einen hohen Überhang zur Jahreswende überzeichnet. Die weitaus wichtigsten Anstöße kommen von der konjunkturellen Erholung in Westeuropa. Besonders der Ausländertourismus erholt sich von der vorjährigen Flaute. Von Vorteil ist ferner, dass die bremsenden Effekte der starken Euro-Aufwertung der beiden Vorjahre abklingen. Andererseits steigen die Lohnstückkosten weiterhin stärker als im westeuropäischen Durchschnitt. Dies ist auch ein Grund, warum ausländische Investoren bei der Errichtung weiterer exportorientierter verlängerter Werkbänke zurückhaltend sein werden. Da der Import noch lebhafter zunimmt als die Ausfuhr und die Terms of Trade kaum noch günstiger werden, dürfte die Leistungsbilanz einen auf die Größenordnung von $3\frac{1}{4}\%$ des BIP steigenden Fehlbetrag ausweisen.

Die Bruttoanlageinvestitionen dürften um knapp 4% expandieren. Von dem Aufschwung werden alle Bereiche erfasst, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Überdurchschnittlich nehmen die Ausrüstungsinvestitionen zu.

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Denn die Auslastung der Kapazitäten steigt und übertrifft zunehmend den langfristigen Durchschnitt. Es kommt damit zunehmend zur Erweiterung der Anlagen, während weiter lebhaft in Rationalisierung und Ersatz investiert wird. Die Finanzierungsbedingungen sind nicht nur wegen der niedrigen Zinsen günstig, sondern auch weil mit weiter steigenden Aktienkursen die Möglichkeiten zur Stärkung der Eigenkapitalbasis durch Aktienemissionen besser werden. Da zudem die Belastungen aus den umfänglichen Lateinamerika-Engagements der Großbanken und Großunternehmen vollends verkräftet sind, steigt auch deren Neigung zu verstärkten Kreditgewährungen und Investitionen im eigenen Land. Demgegenüber dürfte der Zustrom ausländischen Investitionskapitals annähernd stagnieren. Die Bauinvestitionen nehmen ebenfalls beschleunigt zu, aber spürbar langsamer als die Ausrüstungsinvestitionen. So investiert die öffentliche Hand wesentlich mehr als im Jahre 2003, vor allem in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Der Wohnungsbau expandiert wiederum nur schwach, obwohl die Finanzierungsbedingungen noch günstig sind. Aber die realen verfügbaren Einkommen erhöhen sich zumindest nicht schneller als 2003, dem Jahr der merklichen Einkommenssteuersenkung. Der gewerblich-industrielle Bau gewinnt im Verlauf allmählich an Schwung, hauptsächlich als Folge steigender Ausrüstungsinvestitionen. Denn bei den Gewerbeimmobilien belasten – wenn auch mit abnehmender Tendenz – die verschiedentlich immer noch hohen Leerstände.

Der private Konsum nimmt um knapp 3% zu. Im Verlauf bedeutet das eine leichte Beschleunigung, getragen vor allem von zunehmender Beschäftigung und sinkender Sparquote (Reflex des vorjährigen Anstiegs sowie verbesserter Konjunkтураussichten), während die Reallöhne nur wenig stärker steigen als 2003. Von dieser Entwicklung profitiert der Absatz langlebiger Güter wieder überdurchschnittlich. Das gilt vor allem für Einrichtungsgegenstände, Automobile und Erzeugnisse des IT-Sektors. Der 2003 im Vorfeld der Parlamentswahlen und anderer Sondereinflüsse erheblich auf-

geblähte Staatsverbrauch wird im Zuge der Bemühungen um eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen um etwa $3\frac{1}{4}\%$ und damit etwas verlangsamt ausgeweitet.

Auf dem Arbeitsmarkt – einem Nachläufer der Konjunktur – bessert sich die Lage weiter. Das wird besonders für Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen sowie für Teilzeitbeschäftigte gelten. Die Beschäftigung dürfte sich um $1\frac{3}{4}\%$ erhöhen. Da aber auch die Arbeitslosigkeit noch etwas steigt, geht die Arbeitslosenquote im Schnitt des Jahres nur auf $11\frac{1}{2}\%$ zurück und bleibt damit die mit Abstand höchste in Westeuropa.

Die Beruhigung des Preisaufretriebs setzt sich nicht mehr fort, obwohl die Lohnstückkosten langsamer steigen als zuvor. Denn die stabilisierenden Effekte seitens der Importpreise klingen ab, die Zinsen sinken nicht mehr, die lebhaftere Konjunktur erlaubt wieder häufiger eine Ausweitung der Gewinnspannen im Wege von Preiserhöhungen, und mit den Deregulierungen verbundenen Preissenkungen laufen aus. So wird Telefonica, der dominierende Anbieter von Telekommunikationsleistungen, seine Preise nicht weiter senken. Im Jahresdurchschnitt dürften sich die Konsumentenpreise um $2\frac{3}{4}\%$ erhöhen.

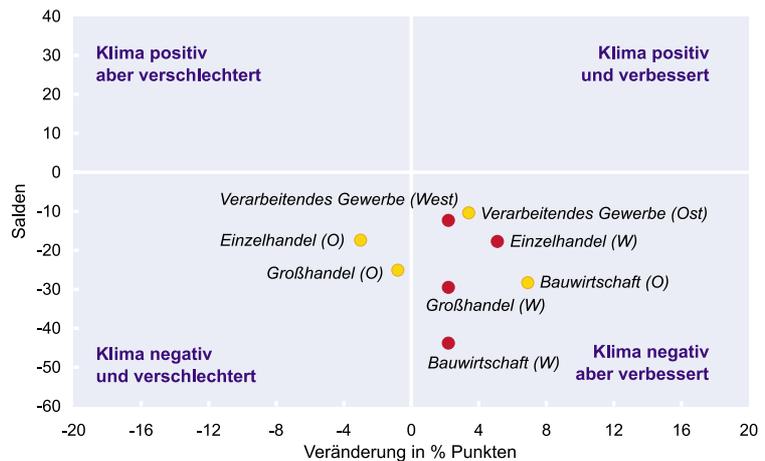
Abgeschlossen am 18. Juni 2003

Die Ergebnisse des Konjunkturtests vom Juni bestätigen die neueste Prognose des ifo Instituts, dass es in der zweiten Jahreshälfte zu einer leichten konjunkturellen Erholung kommen wird. In den alten Bundesländern hat sich das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft zum zweiten Mal aufgehellt (Saldowert: – 18,3 Prozentpunkte). Dabei besserten sich sowohl die aktuelle Geschäftslage (Saldowert: – 28,2 Prozentpunkte) als auch die Erwartungen für das kommende halbe Jahr (Saldowert: – 7,8 Prozentpunkte). In Ostdeutschland tendierte der Indikator ebenfalls wieder nach oben (Saldowert: – 17,6 Prozentpunkte). Dies ist allerdings nur auf den nachlassenden Pessimismus bezüglich der Perspektiven (Saldowert: – 15,0 Prozentpunkte) zurückzuführen, während die Urteile zur Geschäftslage (Saldowert: – 20,1 Prozentpunkte) sogar etwas negativer ausfielen als im Vormonat.

In Westdeutschland verbesserte sich das Geschäftsklima in allen erfassten Wirtschaftsbereichen, vor allem im Einzelhandel. In den neuen Bundesländern ergab sich eine kräftige Erholung im Baugewerbe, aber auch im verarbeitenden Gewerbe setzte sich der Aufwärtstrend nach der Unterbrechung im Vormonat wieder fort. Dagegen verschlechterte sich im Großhandel und im Einzelhandel der Klimaindikator wieder etwas (vgl. Abbildung).

Nach der Abwärtsentwicklung in den letzten drei Monaten hat sich im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands die Geschäftslage – mit Ausnahme des Verbrauchsgüterbereichs – leicht verbessert. Der Lagerdruck ließ nach, die Auftragsbestände wurden aber unverändert als nicht ausreichend bewertet. In den Geschäftserwartungen für das kommende halbe Jahr hatten die skeptischen Stimmen nur noch ein geringes Übergewicht, nennenswerte Impulse aus dem Exportgeschäft zeichneten sich jedoch nicht ab. Die Produktionspläne kündigten – sogar abermals vermehrt – weitere Einschränkungen an, vor allem bei den Herstellern von Verbrauchsgütern. Anders als in den alten wurde in den neuen Bundesländern die aktuelle Geschäftssituation erneut etwas negativer beurteilt. Betroffen hiervon waren alle Hauptbereiche, insbesondere das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Der wesentliche Grund für die Unzufriedenheit wird auch hier in den unzureichenden Auftragsreserven gesehen, wenngleich die Zahl derartiger Meldungen leicht abgenommen hat. Auch die etwas überhöhten Fertigwarenlager konnten z.T. vermindert werden. Der künftigen Geschäftsentwicklung sahen die ostdeutschen Unternehmen mit abgeschwächtem Pessimismus entgegen, planten jedoch weitere Einschränkungen der Produktionstätigkeit. In West- und in Ostdeutschland wurden die Verkaufspreise gesenkt, den Meldungen zufolge dürfte diese Tendenz auch in den kom-

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Juni 2003¹⁾



1) Saisonbereinigte Werte. W=Westdeutschland, O=Ostdeutschland.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

menden Monaten anhalten. Ein Ende des Personalabbaus ist nicht in Sicht, weder in den alten noch in den neuen Bundesländern.

Die Geschäftslage im westdeutschen Baugewerbe hat sich geringfügig verbessert, wobei einer Aufwärtsentwicklung im Hochbau eine erhöhte Unzufriedenheit im Tiefbau gegenüberstand. Im Durchschnitt ging die Bauproduktion erneut zurück. Dies spiegelt sich auch in einem geringeren Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten wider (59%); der vergleichbare Vorjahreswert wurde allerdings etwas übertroffen. Dagegen lag die Reichweite der Auftragsbestände mit 2,3 Monaten knapp unter dem Vorjahresniveau. 63% der Unternehmen bezeichneten demzufolge auch ihre Auftragsreserven als zu gering. Der Pessimismus in den Geschäftserwartungen hat sich erneut etwas abgeschwächt, die Produktion dürfte den Meldungen zufolge weiter zurückgehen. In den neuen Bundesländern wurden die Geschäftslage- und aussichten sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau weniger negativ bewertet. Die Geräteauslastung hat jedoch auf 71% abgenommen, lag aber weiterhin über dem entsprechenden Wert vom Vorjahr (66%). Die Reichweite der Auftragsreserven verlängerte sich auf 2,3 Monate (Juni 2002: 1,9 Monate). In Westdeutschland gingen die Baufirmen davon aus, dass der Druck auf die Preise nachlässt, in Ostdeutschland sah man sogar Spielräume für leichte Steigerungen. Der Personalabbau dürfte im Westen nach Ansicht der Unternehmen unvermindert anhalten, auch im Osten hat nach der Abschwächung in den letzten Monaten der Anteil derartiger Meldungen wieder zugenommen.

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

Die leichte Aufwärtsentwicklung der Geschäftslage im **Großhandel** der alten Bundesländer resultiert aus der weniger negativen Beurteilung im Produktionsverbundhandel, während sie im Konsumgüterbereich auf dem ungünstigen Niveau vom Vormonat verharrte. Die überhöhten Lager konnten nur teilweise abgebaut werden. Mit kaum verminderem Pessimismus schätzten die Testteilnehmer die Perspektiven im kommenden halben Jahr ein; ihre Orderpläne zeigten weiter nach unten. Bei den ostdeutschen Großhandelsunternehmen hat sich der Pessimismus in Bezug auf die künftige Geschäftsentwicklung sogar wieder deutlich verstärkt. Da zudem der Lagerdruck nur wenig nachgelassen hat, wurden die Bestellplanungen weiter nach unten korrigiert. Die aktuelle Geschäftssituation insgesamt wurde allerdings etwas weniger negativ beurteilt als im Vormonat. Während die ostdeutschen Unternehmen Chancen sahen, die Verkaufspreise in den nächsten Monaten heraufzusetzen, rechneten ihre Kollegen im Westen mit Stabilität.

Im westdeutschen **Einzelhandel** hat sich die Geschäftslage abermals kräftig gebessert, im Nahrungs- und Genussmittelsektor überwogen sogar erstmals seit langem wieder leicht die positiven Urteile. Die Umsätze konnten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat gesteigert werden, der ohnehin hohe Lagerdruck nahm im Non-Food-Bereich jedoch sogar wieder zu. Da die Unternehmen auch hinsichtlich des künftigen Geschäftsverlaufs skeptisch blieben, korrigierten sie ihre Bestellpläne weiter nach unten. Die ostdeutschen Einzelhändler äußerten sich dagegen wieder unzufriedener über ihre aktuelle Geschäftssituation. Die Umsätze entsprachen etwa dem Ergebnis vom vergleichbaren Vorjahresmonat. In den Geschäftserwartungen, die sich bereits seit Ende letzten Jahres laufend verbessert hatten, schwächte sich der Pessimismus erneut ab. Da aber die Lager nach wie vor als überhöht galten, sah man für die nächsten Monate keinen Anlass zur Lockerung der restriktiven Orderpolitik. Die Verkaufspreise dürften – im Gegensatz zu Westdeutschland – weiter nachgeben. Der Anteil der Unternehmen, die von einem Rückgang der Beschäftigtenzahl ausgingen, hat im Osten weiter auf per saldo nur noch 8% abgenommen, im Westen ist er dagegen nahezu unverändert geblieben (per saldo 19%).

IFO WORLD ECONOMIC SURVEY

World Economic Climate

THE CURRENT SITUATION OF THE WORLD
ECONOMY STILL LESS THAN SATISFACTORY

Economic Expectations

ECONOMIC EXPECTATIONS FOR THE NEXT SIX
MONTHS SLIGHTLY DETERIORATED,
BUT REMAINED POSITIVE

Inflation

INFLATION UNDER CONTROL IN MOST
COUNTRIES

Interest Rates

ONLY SMALL SCOPE SEEN FOR FURTHER
RATE CUTS

Currencies

EURO IS SEEN AS SOMEWHAT OVERVALUED

Special Topic

WES EXPERTS SEE SOME PROBLEMS IN NEW
TRADE RULES TO FORESTALL TERRORIST
THREATS

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/IfolInstitute>

